

Die „Weltanschauung“
erschienen täglich...
Verlagsgesellschaft...
Herausgeber...
Verlagsgesellschaft...
Herausgeber...

Volkswacht

Die „Weltanschauung“
erschienen täglich...
Verlagsgesellschaft...
Herausgeber...
Verlagsgesellschaft...
Herausgeber...

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Nr. 160.

Donnerstag, den 11. Juli 1895.

VI. Jahrgang.

Er hat Recht.

Unser guter Freund, nämlich der „alte ehrliche Stumm“, Seine capitalistische Majestät, Selbstherrscher von Neunkirchen, hat, wie es nach der neuesten Mode mehr und mehr Brauch wird bei Majestäten, seine „Untertanen“ mit einer Rede beglückt, die in dem Satz gipfelte: „Es giebt keinen vierten Stand.“ Herr von Stumm scheint ganz verliebt zu sein in diese verblüffende These, die er schon in seinem Umsturz-Speech dem Gehege seiner Zähne entschlipfen ließ, nun aber feierlichst als Thema seine — Thronrede hätten... gesagt — wiederholt. Darob allgemeines Schütteln des Kopfes. Wir aber sind, wie wir schon erklärten, in der angenehmen Lage, uns auf Seite des Hammerschmiedkönigs von Mammons Gnaden schlagen und erklären zu können, er hat Recht, es giebt wirklich keinen vierten Stand. Noch mehr: wir können sogar einen socialistischen Theoretiker hierfür citiren und hoffen, ihm damit eine ganz besondere Freude zu machen, hat er doch auch uns schon so oft Freude gemacht.

„Die Klassengegenstände von 1789“ lautet der Titel einer vortrefflichen Schrift von Kautsky (Separat-Abdruck aus der „Neuen Zeit“ 1889). Der Abschnitt VI: „Die Bourgeoisie“, beannt: „Es ist heutzutage Mode geworden, die Capitalistenklasse als dritten Stand zu bezeichnen, dem das Proletariat als vierter Stand gegenübersteht. Ganz abgesehen davon, daß das moderne Lohnproletariat eine Klasse ist und nicht ein Stand, eine Gesellschaftsschicht, die von den anderen Schichten durch eine eigenthümliche ökonomische Lage, nicht aber durch besondere rechtliche Institutionen sich unterscheidet, ganz abgesehen davon ist es schon deshalb unzulässig, von einem vierten Stand zu sprechen u. s. f.“ — Ei, sollte am Ende gar Herr von Stumm seinen Leibspruch eben aus dieser Quelle geschöpft haben, weil er ihn so zuversichtlich in die Welt posaunt? Freilich würde sich dann der edle Freiherr eine kleine Unterschlagung genehmigt haben, indem er verschweigt, daß das moderne Proletariat zwar keinen eigenen „Stand“, aber eine eigene „Klasse“ bildet.

Uebrigens ist die Unterscheidung zwischen Stand und Klasse schon im „Communistischen Manifest“ angedeutet, wo im I. Abschnitt zu lesen ist: „In den früheren Epochen der Geschichte finden wir fast überall eine vollständige Gliederung der Gesellschaft in ver-

schiedene Stände, eine mannigfaltige Abstufung der gesellschaftlichen Stellungen. Im alten Rom haben wir Patricier, Ritter, Plebejer, Sklaven; im Mittelalter Feudalherren, Vasallen, Zunftbürger, Gesellen, Selbige u. s. i. Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegenstände vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.“

Der sociale Unterschied zwischen „Stand“ und „Klasse“ ist ein sehr wesentlicher. Angehörige des niederen „Standes“ konnten niemals oder nur in seltenen Ausnahmefällen in den höheren Stand aufrücken, auch wenn sie in Bezug auf materielle, leibliche, geistige, moralische Qualitäten hervorragten. Die bürgerliche „Canaille“ oder „Rotüre“ war z. B. vor der französischen Revolution von der Velleidung höherer Aemter ein für allemal ausgeschlossen und ebenso war die Befegung der Offiziersstellen in der Armee ein Privilegium des Adels. Davon wurde freilich manchmal abgegangen, wo die Noth an den Mann ging; im Uebrigen aber bestand zwischen Stand und Stand eine unübersteigbare Schranke. Die ständische Gliederung war eine Form der socialen Arbeitstheilung, die auf einer bestimmten Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung ihre culturhistorische Bedeutung hatte, wenn sie uns heute auch noch so absurd erscheint.

Mit der Entwicklung des Capitalismus mußten diese ständischen Schranken fallen (wiewohl manchen modernen Staaten die feudalistischen Eierhäuten noch am Steiß kleben, wie z. B. Preußen, wo die Geburtsaristokratie noch allerlei Privilegien zwar nicht rechtlich, aber thatsächlich genießt). Geld, Besitz ist heute allein maßgebend. Der Lumpensammler und Schweinezüchter, der eine Million erschachert hat, genießt die höchsten socialen Privilegien, Ehren und Würden, wenn er sich nur das Vischen sogenannter Bildung erworben hat, die man bei jedem Tanzmeister und aus jedem Complimentirbuch erlernen kann, mag er im Uebrigen ein ausgeglichener Tropf, Lump, Dummkopf, Feigling, ein Krüppel an Leib, Geist und Charakter sein. Der große Geldsack ist der Passpartout für alle Stagen des Gesellschaftsbaus, für die vornehmsten Logen der oberen Zehntausend. Das goldene Kalb und das Schaf mit goldenem Wlles rangirt in der capitalistischen Gesellschaft wie der Vogel Jupiters.

Die capitalistische Gesellschaft kennt keine Standesprivilegien, sondern nur ökonomische Qualitäten, und wenn der Lohnproletarier, ein gewöhnlicher Hammer-schmied, sich zum Millionär emporarbeitet, wozu er mindestens ebensoviel Chancen hat als dazu, von Banderbitt oder Nothschild oder Stumm zum Universal-erben eingesetzt zu werden, so kann er die höchste sociale Stufenleiter erklimmen und geheimer, geheimerer Commerzienrath und sogar geadeit werden, wie der Hammerschmied Freiherr von Stumm-Halberg.

Hat er also nicht vollkommen Recht, der Herr von Stumm, wenn er sagt: Es giebt keinen vierten Stand?

Gewiß, die Pforte zu den herrlichsten und schönsten Palästen kann von Jedermann geöffnet werden, auch vom Flickschneider und Hausknecht, wenn er nur den Schlüssel dazu hat, der freilich ein goldener sein muß. Daß die Lohnarbeiter, die ganze Klasse der Lohnarbeiter, in den Besitz dieses goldenen Schlüssels niemals gelangt, weil das Capital fehlt, ist leider eine Thatsache, die Herr v. Stumm in seiner Rede wahrscheinlich vergessen hat, aber aus zarter Rücksichtnahme unerwähnt ließ. Im Grunde sind sie ja selber Schuld daran, die Arbeiter, wenn sie des goldenen Schlüssels nicht habhaft werden. Mit Fleiß und Sparsamkeit und Zufriedenheit und Gottvertrauen könnten sie es alle ebenso weit bringen, wie der einstige Hammerschmied und jetzige König Stumm. Jedenfalls hätten sie schon ein gut Stück Weges zu diesem glänzenden Ziel zurückgelegt, wenn sie sich nicht der vermaledeiten Socialdemokratie in die Arme geworfen, sondern in der Furcht des Herrn, wie der fromme Fridolin der Gräfin von Savern, dem Dienst des Capitals demüthig obgelegen hätten. Das beweist z. B. die Klassenlage der schlesischen Weber.

Herr v. Stumm hat Recht; es giebt keinen vierten Stand, sondern nur zwei Klassen: Besitzende und Besitzlose, Capitalisten und Proletarier, und zwischen Beiden die Mittelschichten, die mehr oder weniger mit einem Fuß in der Capitalisten- und mit dem anderen in der Proletarierklasse stehen.

Politische Rundschau.

— Der Appetit kommt beim Essen! Die „Frankf. Ztg.“ schreibt: Wie eine Gesellschaft, die nach längerem Tafelfreuden plötzlich fragt, ob es nicht endlich mal etwas Ordentliches zu essen geben werde, so haben

Herr v. Marnand machte eine Baute, um seine Berechtigung wirken zu lassen. Frau Koveray bewunderte seine Rede von ganzem Herzen und nickte beifällig mit dem Kopfe. Frau Messant, beunruhigt durch die Wendung, welche das Gespräch genommen, versuchte ihren Gatten zurückzuhalten, der vor Ungeduld zitterte. Doch gelang es ihr nicht, ihn daran zu hindern, daß er seinem Sohne zu Hilfe kam:

„Aber mir scheint, mein Herr“, rief er, „daß ein Romanschriftsteller ein verdienstliches Werk vollbringt, wenn er die Mißstände, die er gewahrt, angreift. Es sind so viele schlechte, ungerechte, überlebte Dinge in der heutigen Gesellschaft. Diejenigen, welche da auf Reformen drängen, sind Männer von Herz und Verstand!“

Herr v. Marnand wandte sich nach diesem neuen Angreifer um und maß ihn von oben nach unten. Er schien ihn für einen Gegner zu halten, der seiner nicht recht würdig war und entgegnete daher in überlegen nachlässigem Tone:

„Meinen Sie? Das denkt man sich so. Man legt unklugerweise die Hand an die ewigen Grundsätze des Rechtes, an die geheimnißvollen Grundlagen der Staaten, und wissen Sie, worauf das hinausläuft? Auf den schlimmsten Umsturz, mein Herr, auf die Barrikaden, auf Brand und Mord, auf die Saturnen der Commune. Ich denke, Sie vertheilich doch wohl nicht jene vom Satan Refessenen, die in Paris den rothen Lappen der socialen Revolution entfaltet haben?“

Im Exil.

Roman von Georges Renard.
Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

15) (Nachdruck verboten.)

„Ach, mein Herr“, fuhr Herr von Marnand fort, „das Unrecht, das in Frankreich die überspannten Romane von Victor Hugo und der Georges Sand angerichtet haben — möge Gott uns vor ähnlichen Werken bewahren! Diese Romanschreiber haben das unglückliche Volk jenseits des Jura, das diese unge-sunde Kost verschlingt, nachgerade genug corrumpt und verdummt!“

Indem Herr v. Marnand dies würdevoll naseind sagte, hob er die Arme zum Himmel empor. Der alte Messant konnte eine heftige Bewegung, einen dumpfen Ausruf nicht unterdrücken. René, der viel ruhiger war, weil er von der vor ihm stehenden Persönlichkeit nichts Besseres erwartet hatte, benutzte den Seufzer, der in diese Szene eine Pause brachte, um aus dem Monolog einen Dialog zu machen.

„Wenn ich Sie recht verstehe, mein Herr“, sagte er kalt und ironisch, „so lieben Sie Novellen, die weder die Liebe, noch die Leidenschaft, weder die Politik, noch die Religion, weder die Sittenzustände, noch neue Ideen berühren. Aber fürchten Sie da nicht, eine fast- und kraftlose Literatur, Geschichten für Mädchen-pensionate, verlappte Tractäthen in's Leben zu rufen? Sie werden mir gestatten, daß nach meiner Ansicht die

Werke von George Sand und Victor Hugo für das Volk einen weit höheren Werth haben, als solche beruhigende Tränklein.“

Herr v. Marnand wurde roth und runzelte die Brauen. Als Potental verabichtete er den Widerspruch. Er fürchtete aber zugleich den Spott, wie der aufblasene Ballon die Nadelstiche. Sofort ergrieff er wieder das Wort mit der ganzen vernichtenden Sicherheit eines Bedanten, der einen Schulbuben abkennelt:

„Es thut mir leid, mein Herr, daß ich Ihr Nationalgefühl verletzt habe. Ich entschuldige dasselbe, ohne daß ich es jedoch billige. Allein wie können Sie an dem unfittlichen und direct auf den Umsturz abzielenden Charakter des französischen Romans auch nur zweifeln? Es ist unmöglich, mein Herr, daß ein ehrlicher und gewissenhafter Mann darüber anders denkt als ich. Was hat Ihr Victor Hugo denn, als er „die Elenden“ schrieb, als er seine Helden aus dem Bagno holte, als er seine Leser unter Menschen führte, die nur Patois (Dialekt) sprechen, anders gethan, als daß er die Auslehnung der Lumpenproletarier gegen Gerechtigkeit und Autorität verherrlichte! Und Georges Sand mit ihren socialistischen Romanen! Beugen Sie es, mein Herr, daß sie die schlimmsten Leidenschaften entfesselt, die Unzufriedenen aufgereizt, die Grundgesetze der socialen Ordnung erschüttert hat! Gott allein vermag zu wissen, welche schreckliche Verantwortung an den inneren Wirren und Unruhen Frankreichs auf diese Schriftsteller fällt!“

Die konservativen Agrarier des Herrenhauses am Schluß der parlamentarischen Campaigne die Regierung ernstlich zur Rede gestellt, welche Programmpunkte der Beschlüsse des Staatensiebs sie noch in dieser Session durchzuführen gedenke und was sie überhaupt zur Hebung der Nothlage der Landwirtschaft zu thun beabsichtigt. Das ist ein stiller Schluß der Session; es wird dadurch verhindert, daß naive Gemüther auf den Gedanken kommen, die Agrarier seien irgendwie befriedigt oder gefällig. Mit Vermeidung aller Satire, die so nabelag, hat der Landwirtschaftsminister langmüthig und ernst die Anfrage beantwortet, indem er oft gebotene Neben noch einmal wiederholte. Auch das hat sein Vater. Denn auf diese Weise wurde einem im Zusammenhange noch einmal klar, was alles seit dem letzten Herbst im Reich und in Preußen für die Agrarier geschehen, und was noch im Werke ist. Branntwein- und Zuckersteuernovelle sind unter Dach, und wenn's zu einer internationalen Vereinbarung über die Exportprämie nicht kommt, liegt schon ein neues Zuckersteuergesetz für die nächste Session ausgearbeitet da, das den Wünschen der Agrarier entsprechen wird. Für den Personalcredit ist durch die neue Centralgenossenschaftskasse gesorgt; die Verbesserung des Realcredits der Landwirthe durch Herabsetzung des Zinsfußes und Ausdehnung auf den mittleren und kleineren Grundbesitz ist Gegenstand von Verhandlungen. Der Finanzminister, sonst in allen Dingen so karg, will erhebliche Beträge zur Verfügung stellen, um die ländlichen hochverzinslichen Hypotheken in unkündbare Pfandbriefhypotheken umzuwandeln; für den 15. Juli ist eine neue Conferenz dazu nach Berlin berufen. Die gemischten Transiläger sollen eingeschränkt werden, wie es die Agrarier wünschen; das Börsengesetz, von dem sie sich Wunderdinge versprechen, ist als Entwurf fertig gestellt; staatl. Umschlagspläne für das Getreide, speciell in Berlin, und die Errichtung von Kornhäusern auf Staatskosten sind im Werke. Der ausgesprochene Zweck, wie ihn Herr von Graß-Klanin darlegt, ist, die Getreidevorräthe zur Hebung des Preises zeitweise zurück zu halten, und rühmend hebt derselbe Herr hervor, daß Finanzminister Miquel versichert habe, auch bei der größten Finanznoth werde er noch Mittel finden, um diese Bestrebungen zu unterstützen. Die Eisenbahntarife für den Export werden nach den Wünschen der Agrarier gestaltet — kurz, die Regierung ist unausgesetzt bei der Arbeit, um durch die Gesetzgebung und Verwaltung die Stützen unseres Staates, die aus eigener Kraft nicht mehr stehen können, vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Mit vornehmer Herablassung hat Graf Mirbach der Regierung für diese Kleinigkeiten gedankt und gleichgiltig versichert, daß sie auf das Schicksal der Landwirtschaft niemals einwirken können. Um den Verdacht zu vermeiden, als ob die Agrarier irgendwo zufriedengestellt seien, erhob dieser hervorragende Führer zum Schluß wieder die Forderung, daß der Staat die Getreidepreise hebe. Da aber der Antrag Ranitz auch nach der heutigen Rede des Landwirtschaftsministers doch für aussichtslos gelten muß, so ist Graf Mirbach so freundlich, als Ersatz mit der Doppelwährung vorlieb zu nehmen.

— Der Zweck des Staates ist, den Unternehmern hohe Profite zu sichern. Sollen die Profite

weg, dann hat der Staat seinen Zweck und mithin seine Existenzberechtigung verloren. In welcher Versammlung von Umkleidern ist diese prafane Redensart über das Staatsprincip vorgetragen? Wird über die dieser Grundlag, ohne Widerspruch zu finden, Ausbruch fand, tagte in Berlin, Leipzigerstraße 3. Sie bestanden aus activen und inactiven Ministern, Generalen, Mitgliedern des höchsten preussischen Adels und Oberbürgermeistern der preussischen Großstädte. In ihrer Zusammenlegung nennt sich die Versammlung Herrenhaus und macht sie den preussischen Staat Gehege. Dort sagte Herr von Graß-Klanin:

„Der Landwirth zahlt heute 30 bis 40 Mark an der Tonne Getreide zu, die Bodenrente geht immer mehr zurück. Die Bodenrente hat den Organismus des Staates gebildet, geht sie zurück, so ist der Staatsorganismus des Vaterlandes in Gefahr.“

Nun giebt es Leute, welche die Berechtigung der Bodenrente verneinen und solche Leute finden sich nicht etwa nur in den Reihen der Socialdemokraten; zu ihnen gehören der berühmte englische Nationalöconom John Stuard Mill, der Amerikaner Henry Georges und viele Andere, die sonst auf dem Boden der heutigen Gesellschaft stehen; sie glauben, daß der Privatbesitz an Grund und Boden sich nur so lange rechtfertigen läßt, als ein Nutzen für die Gesamtheit daraus entsteht. Für den preussischen Agrarier hat der Staat nur so lange einen Zweck, als er ihm die Grundrente sichert; kann er dieses nicht mehr, dann ist es vorbei mit dem Patriotismus der Junker.

— Die Verewigung einmal bestandener Privilegien proclamirt die „Kreuzztg.“ Angesichts des Beschlusses über die Aufhebung der Pflicht zur Rückzahlung der Grundsteuerentfädigung als gewissermaßen selbstverständlich. Sie erklärt in ihrem Rückblick auf die innere Politik der Woche:

„Viele Grundbesitzer — nicht bloß große, sondern auch kleine, z. B. Colonisten — hatten früher durch königliches Privileg das Vorrecht der Grundsteuerfreiheit für ewige Zeiten. Das war ein Realprivileg, der Käufer eines Gutes bezahlte mit Kaufpreise den Werth dieser Unbesteuerbarkeit. Trotzdem nahm ihnen die Gesetzgebung später dieses Recht, und sie erhielten nicht einmal die volle Entschädigung, sondern vielmehr zu wenig. Immerhin war auf diese Weise eine formelle Gleichheit der belasteten und der bisher steuerfreien Güter hergestellt. Sie mußten jede neue Belastung zusammen tragen, sie konnten auch an jeder eventuell eintretenden Erleichterung sich erfreuen. Wenn nun eine Alle treffende Steuer aufgehoben wurde, so entsprach es den Grundsätzen der Billigkeit, daß sie Alle frei wurden, daß nicht etwa einige von ihnen zur Zahlung einer Summe an den Staat genöthigt wurden. Dadurch müßten ja die früher privilegiirten Grundbesitzer schlechter gestellt werden als die anderen, während es doch in der Absicht des königlichen Privilegienausstellers lag, sie besser zu situiren. Und ferner wäre doch in späterer Zeit eine Wiedereinführung der Grundsteuer denkbar; das ursprüngliche Privileg ist auf ewige Zeiten verloren. Somit entspricht die Haltung der conservativen Partei in dieser Frage nur den Grundsätzen des Rechts und der Billigkeit.“

Eine weitere Verhöhnung des Principes der Gleichheit vor dem Gesetz kann es nicht geben. Die früher grundsteuerfreien Junker erhielten dafür, daß ihnen die Steuer aufgelegt wurde, eine Entschädigung. Das war ein und für sich schon eine Ungerechtigkeit. Denn wer

entschiedigt andere Besitzthümern, wenn über dem Staatsaufwand werden? Was dem Wohlstand des Landes für die künftigen Staatsverrichtungen mehr als selbstverständlich die Pflicht ergebe. Die Zeitbedingungen sind unabweisbar. Nach dem Nachwortempfel der „Kreuzztg.“ hätten die Steuerfreien, wenn die Grundsteuerpflicht nicht erst auf sie ausgedehnt worden, sondern gleich für Alle aufgehoben wäre, dafür, daß Auberer eine Last abgenommen wurde, noch Geld herausbekommen müssen. Sollte der Grundlag des Junkerblattes Meinung haben, daß jedes Privilegium auf ewig unantastbar sei, so müßte das nothwendig zu chineischer Verkopfung führen. Glücklicher Weise macht die Weltgeschichte vor solchen Privilegien nicht Halt, sondern räumt, wenn die Vertheiligten sich sträuben, oft sogar mit sehr rauher Hand damit auf.

— Ein bescheidener Bismard! Graf Wilhelm Bismard hat sich nach der „Möhr. Kreuzztg.“ verwarft gegen Vergleiche mit seinem Vater bei Gelegenheit eines Trinkspruches im Hause eines alten Jugendfreundes. Graf Wilhelm Bismard sagte: „Eins möchte ich nur bitten, ich möchte nicht gern Vergleiche zwischen meinem Vater und mir gezogen sehen; denn dabei fahre ich doch zu schlecht. Das deutsche Volk hat seinen Bismard gehabt und hat daran für lange Zeit genug.“ — Das ist wahr: wir haben an dem einen Bismard auf lange Zeit genug. Uebrigens weiß Graf Wilhelm Bismard seinen eigenen Werth sehr gut zu schätzen. Selbsterkenntniß ist eine schöne Sache.

— Eine Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf alle im Dienste des Staates stehende Arbeiter scheint in Aussicht genommen zu sein. Während nach den §§ 1 und 2 des Krankenversicherungsgesetzes nur solche Personen dem Versicherungszwange unterliegen, welche gegen Lohn oder Gehalt in den dort näher bezeichneten Betrieben oder in stehenden Gewerbebetrieben beschäftigt sind, ist im § 2a eine Ausdehnung der bisherigen Krankenversicherungspflicht zugelassen, dahingehend, daß durch Verfügung der Centralbehörde der Versicherungszwang auf solche in Betrieben oder im Dienste des Staates beschäftigte Personen erstreckt werden kann, die der Krankenversicherungspflicht nicht bereits nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen unterliegen. Nun ist angeregt worden, von dieser Befugniß Gebrauch zu machen und neben den Arbeitern in Staatsbetrieben auch alle Arbeiter im Dienste des Staates allgemein der Versicherungspflicht zu unterstellen. Zur Beschaffung von Grundlagen hat der preussische Cultusminister die nachgeordneten Behörden veranlaßt, festzustellen, ob und welche Arbeiter im Bereiche seines Ressorts der Versicherungspflicht gegen Krankheit gegenwärtig noch nicht unterliegen.

— Für Culturzwecke fließen im „Culturstaate“ Preußen die Mittel sehr spärlich, während man für militärische Zwecke und für „nothleidende“ Junker immer Geld flüssig zu machen versteht. Durch die Vorgänge in der Mexikaneranstalt Marienberg ist die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auch auf die klägliche Bezahlung der Kreisphysiker gelenkt worden, die viel Arbeit haben und große Verantwortlichkeit tragen. Sehr richtig wird in einem von der „Nordb. Allgem. Ztg.“

Der Diebner rechnete darauf, daß diese Frage wie ein Keulenschlag wirken, daß sie seinen Gegner verblüffen und niederschmettern würde. Doch wie erschrocken er, als René ruhig entgegnete:

„Warum nicht?“

„Warum! Warum!“ wiederholte Herr v. Marnand, der in der Verwirrung seiner Gedanken nicht gleich die passenden Worte wiederfand. „Weil sie Räuber, Mordbrenner, Mörder sind! Tollhäsler oder Verbrecher! Abhänger der Großstadt, dessen Frankreich sich mit vollem Recht entledigt hat.“

René, der bleich geworden war, unterbroch ihn mit schneidender Stimme:

„Sie stammen aus einer Familie von protestantischen Refugiés, mein Herr, nicht wahr?“

„Ja. Aber welche Beziehung hat das...?“

„Im achtzehnten Jahrhundert flüchtete man die Hugenotten derselben Glaubens an; sie waren Wagnere, Schwärmer, Brandstifter von Mörtern und Bilderschwärmer, Karren und Verbrecher, ein Abhänger, den das katholische Frankreich entlassen mußte. Lesen Sie nur die Pamphlete und Reden jener Zeit. Ich cränzte mich da der Berge von Konjard.“

Und sagen, brechen Mörder, mordeten Von Mörderischen Mörderorden, Das nennt Ihr Ehrlich reformieren?“

„D, das war etwas ganz Anderes... Sie duldeten die wahre Religion.“ stammelte Herr v. Marnand, der dieser plötzliche Fratzwechsel in arge Verlegenheit brachte.

„Die wahre Religion ist immer die, zu der man sich bekennt.“ begann René wieder. „Man kann sich irren. Man ist nicht weniger achtungswerth, wenn man sein Glück und sein Leben seinen Ueberzeugungen opfert. Und ich sehe nicht ein, warum man heute den Märtyrern einer neuen Idee die Achtung verjagt, ja, mein Herr, die Achtung, die doch die Reformirten genossen, welche in ihrer Art auch Revolutionäre, Auführer, unerbittliche Feinde der zu ihrer Zeit bestehenden Verhältnisse waren.“

„Sie wollen mich doch nicht etwa dahin bringen, Ihre Commmande als Heiden zu bewundern?“ versuchte Herr v. Marnand spöttisch einzuwurfen. „Da soll es ehrlüche Leute geben! Sehen Sie doch! Werfen Sie nur einen Blick in die Zeitungen. Nichts weiter als Banditen der schlimmsten Sorte!“

René durchließ ein nervöses Heben. Seine Stimme zitterte. Mit zusammengepreßten Zähnen, aber äußerlich ruhig, sprach er langsam die Worte:

„Sie werden gewiß die Worte, die Sie soeben gesprochen haben, bedauern, wenn Sie erfahren, daß ich selbst jetzt im Exil lebe, weil ich an der Commune theilgenommen habe.“

Als er dies sprach, schlenkerte er Herrn v. Marnand einen Blick zu, daß dieser es für gerathen hielt, einen Schritt zurückzutreten, und flammte:

„Ah, da hätte ich um Verzeihung. Das wußte ich nicht. Das konnte ich nicht wissen.“

Ein Schweigen entstand. Frau Refani, die zugleich erschrocken und stolz war auf das entschlossene

Vorgehen ihres Sohnes, versuchte die Unterhaltung auf ein anderes Gebiet zu lenken.

„D diese leidige Politik!“ seufzte sie, „die Herren sind darin unerbittlich. In alle Dinge müssen sie die Politik hineinziehen. Im Salon müßte man es eigentlich verbieten, nicht wahr, Madame?“

Aber Frau Roveray war nicht diejenige, welche es verstand, einer so peinlichen Lage ein Ende zu machen. Sie antwortete nur trocken:

„Meine Schuld ist es nicht, wenn sie hier eingedrungen ist, Madame.“

Sie klingelte, daß der Kaffee gebracht werde. Das gab eine kleine Ablenkung. Aber aus der Unterhaltung war alle Gemüthlichkeit verschwunden. Herr von Marnand schloß sich, wie in eine Feslung, in ein halb schmolldendes, halb träumerisches Schweigen ein. Seine Schwester verrichtete ihr Amt als Wirthin mit gereizter Höflichkeit. Die Kinder selbst, die dem Auftritt beigewohnt hatten, ohne ihn zu begreifen, flüsternd schüchtern unter einander wie Vögelchen, die ein Gewittersturm erschreckt hat. Man wechselte noch einige leere Redensarten, die mehr dazu bestimmt waren, die Gedanken zu verbergen, als sie zum Ausbruch zu bringen, und die Familie Refani verabschiedete sich von der Wirthin, die keinerlei Anstrengung machte, sie zurückzuhalten.

Als Herr v. Marnand mit Frau Roveray allein geblieben war — die Kinder waren zum Spielen in den Garten hinausgeschickt worden — entließ sich seine ähliche Laune in abgerissenen Sätzen. (Fortsetzung folgt.)

erprobten Mittel der „Zeitschrift für sociale Medizin“ bezweckt, daß es doch nicht angeht, diese Prämie mit 5000 Mark pro Jahr ohne Entschädigung für Verwaltungen und ohne Verbandsberechtigung zu honorieren und sie damit zu Arbeitswerb und auch zur Abhängigkeit von Privatisten zu bringen. Was für 5000 Mark geleistet werden muß, stellt die „Zeitschrift für sociale Medizin“ folgendermaßen zusammen:

Die Kreisärzte sind nach den neuen Bestimmungen und Anordnungen mit den schwierigsten und zeitraubendsten technischen Untersuchungen und Arbeiten beauftragt, können nicht länger auf die Privatpraxis, als ihre hauptsächlichste Erwerbsquelle, angewiesen bleiben. Die Kreisärzte haben jetzt sämtlich allen an sie ergehenden polizeilichen und gerichtlichen Requisitionen mit möglichster Beschleunigung zu entsprechen. Die genannten Beamten haben ferner sämtliche Apotheken, Kranken-, Irren- und Entbindungsanstalten, Drogen- und Giftwaarenhandlungen ihres Kreises zu revidieren, die Hebammen nebst ihren Instrumenten nachzuprüfen, alle Conventionen gegen die geltenden Medicinalgesetze den zuständigen Staats- und Amtsanwälten anzuzeigen, den Gesundheitszustand der Staatsbeamten auf Requisition der Staatsbehörden im Interesse des Dienstes unentgeltlich zu untersuchen und nach einer neuesten Bestimmung auch die in häuslichen Verhältnissen verpflegten Gekrankten zu überwachen u. s. w. Für die Ausführung der vorgenannten Amtsgeschäfte und Untersuchungen bedarf der Kreisphysikus selbstverständlich eines geeigneten, möglichst isolierten, mit Registratur und den erforderlichen kostspieligen Instrumenten, Mikroskop u. s. w. versehenen Saals, muß auch eine dem Fortschritt der Wissenschaft entsprechende Literatur beschaffen und sich an wissenschaftlichen ärztlichen Vereinen betheiligen.

Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, wenn sich in der staatlichen Aufsicht über die Irrenanstalten zc. Mißstände aller Art zeigen, wie der Alexianerprozeß gelehrt hat. Mit den für nächstes Jahr zugesagten — 8000 Mark wird da freilich auch nicht viel gebessert werden.

— Es riecht nicht —! Dem Verwaltungsausschuß des Central-Dombauvereins zu Köln ist gestattet worden, in diesem oder dem nächsten Jahre zum Zweck der vollständigen Freilegung des Kölner Domes nach der Westseite eine neue Prämien-Lotterie zu veranstalten. Eine Ausbeutung der Gewinnsucht für einen „frommen“ und „vaterländischen“ Zweck!

Der italienische Unterstaatssecretär Galli, ein Helfershelfer Crispi's, scheint seines Herrn und Meisters ganz würdig. Der Herr hat in der italienischen Kammer mit der „festen Mehrheit“ Crispi's allerlei hübsche Stücklein geliefert, die ihn als würdiges Werkzeug Crispi's qualificieren. In politischen Kreisen Italiens erhält sich das Gerücht, daß die für die Erdbebengeschädigten in Calabrien gesammelten Gelder nicht an ihre Adresse gelangt seien; das Gerücht war sogar seiner Zeit so laut, daß eine norditalienische Stadt beschloß, ihre Gelder durch ein eigenes Comité abzuliefern. Nun vergißt das gemeine Volk in Italien gar leicht, aber einige Leute, wie Imbriani, gehören doch zu den Neugierigen, die denen das Concept verderben, welche auf die Bergeshöhe ihrer Landsleute ihre Staatskunst aufbauen möchten. Imbriani also fragte in der Kammer, wie die Gelder vertheilt worden seien. Galli, ruhig und eisenkernig wie immer, behauptete, es sei Alles in Ordnung. „Wo ist der Rechenschaftsbericht?“ fragte Imbriani. „Der ist veröffentlicht worden“, sagte Galli. „Das ist nicht wahr!“ sagte Imbriani. Zum Beweise seiner Behauptungen legte Galli nunmehr eine Liste — man denke — der eingegangenen Gelder vor! Tableau! Die Welt samt Herrn Imbriani ist also grade so klug als wie zuvor, und wenn die durch das Erdbeben in Calabrien Geschädigten noch nicht gestorben sind, so leben sie noch heute, wie es im Märchen heißt. Ob sie aber von den gesammelten Geldern etwas gesehen haben, darüber schweigt die Weltgeschichte.

In Griechenland spielt die Corinthenfrage fortwährend eine bedeutsame Rolle. Zur Hebung des Preises der Corinthen verlangen die Interessenten die staatliche Aufspeicherung eventuell sogar Vernichtung eines Theiles der Ernte. Die griechische Kammer hat bekanntlich jedoch diese Vorschläge verworfen. Darüber herrscht in den corinthbauenden Gegenden große Aufregung. In Patras fand kürzlich eine Volksversammlung statt, auf der heftige Reden gehalten und eine Bittschrift an den König angenommen wurde. Die neutrale Haltung der Regierung der Corinthenfrage gegenüber wurde getadelt und der König gebeten, die Eintreibung der Steuern in den corinthbauenden Provinzen wegen deren Zahlungsunfähigkeit einstellen zu lassen. Schließlich redete der Romarch (Bürgermeister) und versicherte, die Regierung beschäftige sich noch mit der Frage. Die Menge ging dann auseinander, wird

aber, wenn sie sich in den Besitz der geistlichen Rechte, die nicht in ihrer Hand liegen, setzen lassen.

Aus Afrika wird gemeldet. Nach Vitulobepfehen aus Abua soll der König Mwalid von Abukinien den Ingenieur Capucci, den einzigen in Schoa verbliebenen Italiener, ins Gefängnis geworfen haben, da er ihn im Verdachte habe, mit General Banteci im Schriftwechsel zu stehen. In Abua wird indessen angenommen, daß es sich um eine vorbedachte Verhaftung handele, denn frühere Nachrichten aus Harar haben mitgeteilt, daß die französisch-russische Mission Wienick zur Ausweisung Capucci aufgefordert habe. Vermuthlich ist Wienick bis gegen Ambosa lama (Höhen im Norden Abessinien) vorgedrungen, doch scheint es schwierig, daß er während der Abwesenheit einen Feldzug beginne. Die Feindseligkeiten zwischen Italien und dem von Rußland und Frankreich begünstigten König von Abessinien scheinen nun beginnen zu wollen.

Das „Neutere Bureau“ meldet aus Pretoria (Südafrikanische Republik): Gestern Abend fand ein großes Festmahl aus Anlaß der Delagoabay-Eisenbahn statt, die Transvaal mit der südafrikanischen Küste in Verbindung bringt und in portugiesischem Gebiete endet. Unter den Geladenen befanden sich die Vertreter Deutschlands, Englands, Frankreichs, Portugals, Belgiens und der Niederlande. Sir Robinson, der Gouverneur von Capland, hielt einen Trinkspruch auf Transvaal, dessen vorwiegende Interessen mit denen Englands identisch seien und erklärte, er habe nie versucht oder gewünscht, daß die Entscheidung, durch die die Unabhängigkeit Transvaals gewährleistet werde, widerrufen würde. Der Präsident Krüger erklärte in seiner Antwort, daß sein Mißtrauen gegenüber den Plänen Englands sich als unbegründet erwiesen habe. — In Wahrheit bestehen noch mancherlei Gegenstände der Interessen.

Arbeiterbewegung.

Nicht über das Geschäft des Reichstags-Abgeordneten Jakobsdörfer, sondern über das eines Namensvetters von ihm haben die Schneider Erfurts die Sperre verhängt. Insofern erledigen sich die Bemerkungen, die wir an die Mittheilung knüpften.

Für die Einführung von Betriebswerkstätten im Schneidergewerbe zur Erlangung besserer Lohn- und sonstiger Arbeitsbedingungen erklärten sich in öffentlichen Versammlungen die Schneider und Schneiderinnen von Wiesbaden und Frankfurt u. M. Zu der gleichen Frage wollten die Zwischenmeister Erfurts, das bekanntlich ein Hauptort der Damenconfection ist, in einer Versammlung Stellung nehmen. Sie waren aber über die Einführung von Betriebswerkstätten getheilte Meinung. Es soll deshalb in einer späteren Versammlung über die Sache beziehentlich über die Berliner Resolution Beschluß gefaßt werden, worin den um Einführung von Betriebswerkstätten kämpfenden Confectionarbeitern die Sympathie der Zwischenmeister ausgedrückt ist.

In Stettin, wo die beiden Zubaschen Confections-geschäfte gesperrt wurden, hat der Confectionärverband, bestehend aus 14 Firmen, seine sämtlichen Schneider entlassen. Eine äußerst stark besuchte Schneiderversammlung faßte darauf eine Resolution, worin erklärt wird, man nehme den Kampf auf und fordere „von sämtlichen Verbandsfirmen, daß sie auf Grund der höchsten Löhne, die gegenwärtig gezahlt werden, eine Zulage gewähren, und zwar auf alle Arbeiten von 1,50 Mark aufwärts 25 Pf., auf alle anderen Arbeiten 20 Pf. Auf Grund dieser Zulage sind Tarife aufzustellen und in den Geschäften auszuhängen. Diese Löhne sind bis zum 1. Februar 1896 zu bezahlen. Ferner haben sich die Geschäftsinhaber schriftlich zu verpflichten, keinen von den bisher beschäftigten Schneidern zu magregeln. Sämtliche Verhandlungen sind mit der Lohncommission zu führen.“

Die Zahl der freitenden Confectionschneider Stettins wird auf 3-4000 geschätzt. Insgesamt sind dort in der Confectionsbranche circa 6000 Personen beschäftigt. In den 14 großen Geschäften wird gefeiert, in den übrigen 16, meist kleinen, wird gearbeitet.

Zur Lage der Tischlerbewegung in Nürnberg schreibt die „Frankische Tagespost“: Die erste Woche der Aussperrung der Schreiner ist zu Ende. Die Unternehmer, welche glaubten, daß sie auf diese Weise die Arbeiter unterkriegen würden, haben sich getäuscht. Der Geist der Ausgesperrten und Streikenden ist gut. Sie werden ausharren, bis sie den Sieg errungen haben. Das Hauptlein der Streikenden wird von Tag zu Tag kleiner, denn jeden Tag werden von Baumeistern und auch Schreinermeistern Schreiner verlangt. Der Rest der ledigen Kollegen reiste am Montag ab und wenn sich dann die Herren entschließen werden, Frieden mit ihren Arbeitern zu schließen, dürften sie finden, daß nur noch die Hälfte ihrer Arbeiter vorhanden ist.

Der württembergische Handschuhmacher-Streit scheint seinem Ende entgegen zu gehen. Die Firma A. Gattner in Stuttgart, die größte der ausschlaggebenden Fabriken, ist aus dem Fabrikantenring ausgetreten und hat die Arbeiterforderungen genehmt. Es sind jetzt noch in den Städten Stuttgart, Ludwigsburg und Eßlingen ca. 75 Handschuhmacher ausständig. Bezug ist selbstverständlich nach wie vor fern zu halten.

Sämtliche Kesselfabrikanten der Fabrik von Behold u. Co. in Altdorf bei Bamberg haben am 1. Juli die Arbeit niedergelegt, weil ihnen folgende Forderungen nicht bewilligt worden sind: 1. Biergehaltige Lohnzahlung; 2. Lohnbücher, worin die geleistete Arbeit nebst dem Lohn dafür einzutragen ist; 3. eine Fabrikordnung

Die Bergarbeiter sind in Schicksal mit dem Bergbau verbunden. Die Bergarbeiter sind in Schicksal mit dem Bergbau verbunden. Die Bergarbeiter sind in Schicksal mit dem Bergbau verbunden.

Sociale Medizin.

Was der Boden der Welt ist, dies mit einem Augenblick und nicht mit hundert Jahren zu sagen, ist eine Aufgabe der Naturgeschichte. Die Naturgeschichte ist die Wissenschaft von der Entstehung und Entwicklung der Erde und ihrer Bewohner. Die Naturgeschichte ist die Wissenschaft von der Entstehung und Entwicklung der Erde und ihrer Bewohner. Die Naturgeschichte ist die Wissenschaft von der Entstehung und Entwicklung der Erde und ihrer Bewohner.

Die Naturgeschichte ist die Wissenschaft von der Entstehung und Entwicklung der Erde und ihrer Bewohner. Die Naturgeschichte ist die Wissenschaft von der Entstehung und Entwicklung der Erde und ihrer Bewohner. Die Naturgeschichte ist die Wissenschaft von der Entstehung und Entwicklung der Erde und ihrer Bewohner.

Die Naturgeschichte ist die Wissenschaft von der Entstehung und Entwicklung der Erde und ihrer Bewohner. Die Naturgeschichte ist die Wissenschaft von der Entstehung und Entwicklung der Erde und ihrer Bewohner. Die Naturgeschichte ist die Wissenschaft von der Entstehung und Entwicklung der Erde und ihrer Bewohner.

Gerichtliches.

Ausgesprochen verurtheilt. Vor Jahresfrist waren drei Studierende in Bonn bei einer Schlägerei in der Poppelsdorfer Allee schwer, einer sogar lebensgefährlich, durch Messerstiche verletzt worden. Als Thäter war ein Diamantkieser G. aus Poppelsdorf, ein bis dahin unbescholtener, gut beleumundeter junger Mann, zu zwei Jahren Gefängnis verurtheilt worden, und zwar vorzugsweise auf die, wie sich später herausstellte, irrtümliche Angabe der Verletzten hin, daß ihr Gegner, von dem sie die Messerstiche erhalten, ein schmachtiger junger Mann mit einem Schnurrbart sei, was auf den G. paßte. Dieser hatte seine Vertbeidigung in Rücksicht auf seinen mitbeschuldigten künftigen Schwager und dessen Angehörige nur schwach betrieben, und so erfolgte seine Verurtheilung. Sieben Monate hatte er von seiner Strafe bereits verbüßt, als er zunächst aus Gesundheitsrücksichten vorläufig aus der Haft entlassen wurde, wozu namentlich auch der Umstand beigetragen haben mochte, daß sich mittlerweile Anzeichen für die Unschuld des Verurtheilten eingestellt hatten. Zwar war zunächst die eingelegte Revision von dem Reichsgericht verworfen worden, und auch ein Antrag bei dem Bonner Landgericht auf Wiederaufnahme des Verfahrens auf Grund neuer Beweismittel hatte anfänglich keinen Erfolg. Erst eine Beschwerde bei dem Oberlandesgericht in Köln führte die verlangte Erneuerung des Prozesses herbei, die am Freitag die Unschuld des bisherigen Verurtheilten zu Tage förderte. Als Thäter wurde dabei der bereits erwähnte künftige Schwager des G., Fuhrmann W. aus Poppelsdorf, ermittelt, der theils durch eigene, theils durch die Schwägerinnen seiner Angehörigen sich verrathen hatte. Der Antrag des Staatsanwalts, sofortige Verhaftung des W., wurde angenommen. Der Gerichtshof erkannte unter Aufhebung des gefällten Urtheils auf Freisprechung G.'s und legte sämtliche Kosten mit Ausnahme der aus der Nebenklage entstandenen der Staatskasse zur Last.

Wegen Verurtheilung des Ratten von Streiffbrodern gelegentlich eines Ausmaßes in Annaburg war der Redacteur des Porzellanarbeiter-Fachblattes „Die Ameise“, Richard Jahn in Charlottenburg, auf Grund von § 153 der Gewerbeordnung angeklagt. Das dortige Landgericht erkannte auf Freisprechung. Infolge der Berufung des

Praxis.

Ueber die Verhaftung zweier Studenten
Die beiden Studenten, die am 10. d. Mts. in der Wohnung des Studenten...
Die Verhaftung der beiden Studenten...
Die beiden Studenten, die am 10. d. Mts. in der Wohnung des Studenten...
Die Verhaftung der beiden Studenten...
Die beiden Studenten, die am 10. d. Mts. in der Wohnung des Studenten...
Die Verhaftung der beiden Studenten...

Staatanwalt Vorzug zu Urteil
Der Staatanwalt Vorzug zu Urteil hatte einen sehr hohen Grad...
Der Staatanwalt Vorzug zu Urteil hatte einen sehr hohen Grad...
Der Staatanwalt Vorzug zu Urteil hatte einen sehr hohen Grad...
Der Staatanwalt Vorzug zu Urteil hatte einen sehr hohen Grad...
Der Staatanwalt Vorzug zu Urteil hatte einen sehr hohen Grad...
Der Staatanwalt Vorzug zu Urteil hatte einen sehr hohen Grad...

Staatanwalt verurteilt
Der Staatanwalt verurteilt ihn das Berliner Landgericht...
Der Staatanwalt verurteilt ihn das Berliner Landgericht...
Der Staatanwalt verurteilt ihn das Berliner Landgericht...
Der Staatanwalt verurteilt ihn das Berliner Landgericht...
Der Staatanwalt verurteilt ihn das Berliner Landgericht...
Der Staatanwalt verurteilt ihn das Berliner Landgericht...

Ledermann's seit Jahren allgemein beliebter
Aechter Kaffoetrunk
3940 bleibt nach wie vor unzweifelhaft der beste, billigste und sparsamste Kaffee-Ersatz und Zusatz
Aechter Feigen-Kaffee
nur allein echt zu haben bei **A. F. C. Kallmeyer.**

Liebich's Etablissement.
Neues Sommer-Theater.
Direktion: P. Witte-Wild.
Donnerstag: „Die Hedermaus.“
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Sonabend: „Der Zigeunerbaron.“

Victoria-Theater.
(Siemens-Garten).
Budapester Possen-Theater.
Anfang des Concerts 7 Uhr.
der Vorstellung 7 3/4.

„Harmonie“
Sommer-Theater,
Nicolaidraße 27.
Täglich: Große Künstler-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Aufforderung!
Hierdurch werden nachstehend angeführte Pächtergenossen aufgefordert, sich **Sonntag, den 14. d. Mts., Vormittag zwischen 9 u. 11 Uhr** in den „Lauden“ einzufinden.
1. Wilhelm Thiel.
2. Karl Hentschel.
3. Zembrodt.
4. A. Scholz.
5. Ernst Zecha.
6. Theodor Elger.
7. Karl Elger.
8. Karl Retz.
9. Wielsch.
10. Flechtner.
11. Ernst Rieger.
12. Kalesse.
13. Finke.
14. Thater.
15. Czeckay.
16. Alter.
17. Schwarz.
18. Hennemann.
Die Revisoren:
Paul Liebezeit, Karl Burgund, Gustav Peizold.

Musik-Instrumente.
Alle Blas-, Streich- u. Schlag-Instrumente, Spielböden zum Drehen u. selbstspielend, Musik-Automaten fertigt **S. Cohn, Kupferstraße 17, 3918**

Messer und Gabeln
Löffel, Taschenmesser
3905b Scheeren
sowie alle sonstigen
Stahlwaren
in vorzüglicher Qualität sehr billig.
Herz & Ehrlich
Breslan.

Socialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.
Donnerstag, den 11. d. Mts.:
Vorstandssitzung
im Vereinslocal.
Abrechnung. — Die Revisoren sind eingeladen.

Gesangs-Abtheilung
des socialdemokrat. Vereins für Breslau und Umgegend.
Jeden Freitag von 8—11 Uhr:
Übungsstunde
im Vereins-Local (Rennmarkt Nr. 8).
Pünktliches Erscheinen häuslicher Mitglieder ist Pflicht.
Beiträge zum Verein werden entgegen genommen.
Der Obmann.

Vereins-Kalender.
Breslau.
Donnerstag, den 11. Juli:
Vereinigung der Maler-Cadixen, Anstreicher und verwandten Berufsgenossen. Abds. von 7 1/2—9 1/2 Uhr: Versammlung im Vereinslocal bei Edlich, „drei Tauben“, Neumarkt. — Zahlabend. — Aufnahme neuer Mitglieder. — Kollegen, welche nicht der Vereinigung angehören, sind als Gäste willkommen. Gesangverein in Breslauer Gutmacher. Abends d. 8 1/2—10 Uhr: Übungsstunde im Vereinslocal „zum roten Löwen“ Kupferstraße 21.

Goetz Söhne
Kinderwagen-Fabrik
49 Albrechtsstraße 49
Größtes Kinderwagen-Lager und billigste Preise.
Patent Kinderstühle.
Verkauf einzeln zu Fabrikpreisen.
Vor jedem Kauf prüfe man erst unsere Preise.

Sopha
gut und dauerhaft gearbeitet, von 18 Mk. an, polirte Stuhlstellen mit Matratze und Kissen von 27 Mk. an. Schränke, Tische, Spiegel, Kücheneinrichtung billiger nur 3821
Breitestraße 3, I
Schindler, Tapezierer.

Grosser Umsatz! Kleiner Verdienst!
Grosser Verdienst! Kleiner Umsatz!
Herrn- und Knaben-Garderobe
Für nur dauerhaften Stoffen, gediegener Arbeit und vorzüglichem Schnitt, in grosser Auswahl, liefert bei streng reeller und billigster Bedienung.
J. Schönfeld,
Schmiedebrücke.
Zur silbernen 19.

Ein sauberer Handel.

H. G. In eben vergangener Woche hat der Breslauer Magistrat bei der Stadtvordneterversammlung den Antrag eingebracht, es wolle das dem Herrn Hugo Pringsheim gehörige Rittergut Weidenhof angekauft werden und zwar zur Erweiterung der Rieselesieder und Unterbringung des Victor Friedländer'schen Buchdruckhauses für Genese.

In der Begründung des Antrages wurde darauf gelegt, daß kein anderes Landgut in der Nähe von Breslau sich so gut zur Erweiterung unserer Rieselesieder eigne, wie gerade Weidenhof, — das, nebenbei gesagt, mit seinem etwas weniger klangvollen ursprünglichen Namen noch bis vor kurzem Schweinern geheissen hat.

Außerdem läme das zum Gute gehörige Schloß, welches sich in vorzüglichem Bauzustande befindet und dessen Bauwerth auf rund 150,000 Mark zu schätzen wäre, für die Unterbringung einer milden Stiftung vorzuziehen zu Statten, welche dem Victor Friedländer'schen Vermächtnisse zu verdanken sei.

Bei den Verhandlungen über den Antrag stellte es sich heraus, daß ein Theil der Stadtverordneten sehr wenig Neigung fühlt, auf den empfohlenen Ankauf einzugehen. Der eine Stadtverordnete, Herr John, v. W. äußerte, es gäbe sehr wohl noch andere geeignete Güter bei Breslau und das falle um so schwerer ins Gewicht, als der angegebene Preis von 1 1/2 Millionen Mark wenigstens um eine halbe Million zu hoch sei.

Mußte nun diese Behauptung schon ziemlich merkwürdig erscheinen, so war doch noch viel merkwürdiger, was der Oberbürgermeister Herr Bender darauf antwortete. Er erwiderte nämlich: Es sei ja in der That wahr, das der Preis sehr hoch sei, aber mit dem Preise des Gutes Dwitz, welches zur ersten Einrichtung unserer Rieselesieder angekauft worden sei, hätte es sich ja ganz ebenso verhalten.

Man denke! der Antrag auf Ankauf des Rittergutes Weidenhof fordert, wenn der Stadtverordnete John recht hat, die Breslauer Stadtväter auf, eine volle halbe Million zum Fenster hinauszumwerfen, und unser Oberbürgermeister tritt für solche Verschwendung mit der leichtfertigen Versicherung ein, vor eilichen Jahren hätten die Breslauer Stadtverordneten ja bei einem anderen Rittergutskauf ebenso viel Geld vergeudet.

Der Oberbürgermeister Herr Bender meint: In Breslau ist es nun einmal üblich — wenigstens wenn Rittergüter gekauft werden, das Geld halbe millionenweise nothleidenden Agrariern in den allezeit geöffneten Beutel zu werfen. Also, bleiben wir bei dieser angenehmen Gewohnheit!

Wir fragen nun die Breslauer Bürger, ob sie mit dieser Begründungsbildlichkeit des Breslauer Magistrates einverstanden sind?

Wir haben dazu noch Einiges zu bemerken. Erstens: Das Gut Weidenhof umfaßt nur 787 Hektar und ist zu einem Grundsteuer-Meinertrage eingeschätzt von 18,916 Mark. Der jetzt übliche Verkaufswert von Rittergütern in Schlessen beläuft sich bei einigermaßen reellem Verkaufe höchstens auf das 40- bis 50-fache des Grundsteuer-Meinertrages, 40 Mal 18,916 wäre 636,640 und 50 Mal 18,916 ergäbe 795,800. Im höchsten Falle also dürfte für das Rittergut Weidenhof bezahlt werden rund 800,000 Mark. Mindestens 700,000 Mark, nicht aber, wie der Stadtverordnete John behauptete, nur eine halbe Million würden zu viel bezahlt, wenn der Preis bewilligt würde, der im Magistratsantrage angegeben ist.

Zweitens kommt hier, vielleicht erklärender Weise, in Betracht, daß der gegenwärtige Besitzer von Weidenhof, Herr Hugo Pringsheim, einer Breslauer Großcapitalisten-Familie angehört, auf die man versucht sein könnte, die neulich von uns wiedergegebenen Worte des Agrarwissenschaftlers Professor Sering zu beziehen, daß sich Breslauer Großcapitalisten „mit den schlesischen Magnaten vereinigen, um dem ländlichen Mittelstande fortwährend Abbruch zu thun,“ das heißt, um in bekannter Weise Bauernstellen- und Gütermetzgerei zu treiben.

Ob das bei Herrn Hugo Pringsheim zutrifft, lassen wir dahingestellt. Einer strengsachlichen Darstellung seiner capitalistisch-agrarischen Wirksamkeit im Zusammenhange mit dem geplanten Weidenhofhandel würde die „Volkswacht“ jedenfalls gerechtigkeitshalber die Aufnahme nicht verweigern, auch wenn dieselbe aus der Feder des Herrn Pringsheim selbst oder seiner Beauftragten entstamme.

Die übrigen Breslauer Pringsheime arbeiten in schlesischen Güterkäufen schon seit vielen Jahrzehnten. Sie haben Geld wie Heu, sie besitzen Fabriken, Bergwerke, Bankgeschäfte, sind Großhändler und Particuliers, Stadtverordnete und Stadträte.

Das Gut Weidenhof hat Herr Hugo Pringsheim möglicherweise selbst für einen arg gepfefferten Preis gekauft. Es gehörte im Jahre 1876 noch, nach den uns vorliegenden Nachweisen, dem Grafen Arthur Hensel von Donnerstern, und bei den Hensel von Donnerstern wird schon seit Jahrhunderten solcherlei „Verdienst“ verzeichnet groß geschrieben.

Jetzt soll nun die Stadt Breslau daran glauben. — Was versteht die Misera contribuens plebs Breslaus — das arme steuerzahlende Breslauer Volk von Rittergutskaufen, Capitalistenbedürfnissen und Agrarier Schmerzen. Aus den Breslauern werden in

Privatcapitalistenwerke Jahr für Jahr Millionen über Millionen herausgeschleudert. Es kann es doch auf 700,000 Mark mehr oder weniger schließlich nicht ankommen. So können bedürftige Capitalisten und sogar sehr geliebte capital-liberale Bürgermeister sehr wohl denken!

Nun, die „Volkswacht“ wird das Schicksal des sich auf diese Schweinern beziehenden Antrages in der Grundeigentums-Commission, in die er verwiesen wurde, aufmerksam verfolgen und bei Gelegenheit mit weiteren Auseinandersetzungen bei der Hand sein.

Wir wollen doch sehen, ob unsere Stadtverordneten auch heutzutage noch mit den Hunderttausenden so herumwerfen wie damals, als es sich um eine Liebesgabe für den ehemaligen Besitzer von Dwitz handelte!

Locales.

Breslau, den 11. Juli 1895.

* Schulferien. Mit Beendigung dieser Woche beginnen die sogenannten großen Sommerferien für die Schulkinder. Ein Theil der Kinder, die in der Wahl ihrer Eltern vorsichtig waren, sieht diesem Zeitpunkt um so mehr mit Sehnsucht entgegen, als ihm Gelegenheit geboten ist, während der vierwöchentlichen Ferien die ersten praktischen Studien zu machen, wie die freie Zeit des in Aussicht stehenden kummerfreien Waseins zur Pflege des Körpers und des Geistes verwendet werden kann. Und einem anderen Theil der Kinder dieser Gesellschaftsklasse, denen es noch etwas besser geht, die vielleicht gemeinsam mit ihren sämtlichen Familienangehörigen einen luxuriösen Badeort beziehen, werden dort die ihnen eingepfosten Entwicklungskeime für ihre späteren Anschauungen, daß es auf Gottes Welt Reiche und Arme, Bedrückte und Unterdrückte geben muß, unter den ihnen dargebotenen Genüssen weiter cultivirt, während die Proletarierkinder, die in vielen Fällen schon in ihrer Schulzeit ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten müssen, oft nichts weniger als freie Zeit von den Ferien zu erwarten haben, denn der Unternehmer, bei dem der Knabe als Laufbursche oder als sonst irgend etwas beschäftigt ist, sorgt dafür, daß der Junge kein Dummelant wird, er nutzt die jugendliche Arbeitskraft noch mehr aus und brüstet sich schließlich noch damit, daß es doch gut von ihm sei, daß er den Jungen ein paar Groschen verdienen lasse. Nicht besser geht es dem Mädchen, das vielleicht eine Aufwartestelle bei einer Herrschaft hat. Gewöhnlich werden schon seit Wochen Arbeiten unter dem Vorwand aufgespeichert, damit sich das Mädchen auch ein paar Groschen extra verdienen soll, denn man ist ja „human“, man ist fürsorglich,

Vom Nord-Ostsee-Canal

schreibt man dem „S. Echo“ von sachmännlicher Seite:

Während „der schönen Tage von Aranjuez“ veränderten die Reporter aller Welt, der neue deutsche Canal sei ein Friedensfürst; durch ihn werde Deutschland den mit den größten Kriegsflotten der Welt gesegneten Staaten ebenbürtig an die Seite gerückt, und er werde auch eine internationale Weltstraße für Handel und Schifffahrt sein. Der Eröffnungszug wurde mit Schiffen mittleren und kleinen Kalibers ausgeführt, einige Ozeandampfer Hamburg-Bremens liefen leer mit im Geschwader.

Bekanntlich sind nun bei dieser Eröffnungsfahrt verschiedene Unfälle vorgekommen und sicherlich wäre manches festgerathene Fahrzeug sicher geblieben und insalvide geworden, wenn die Canalcommission nicht fürsorglicher Weise überall hätte Assistentendampfer mitlaufen lassen, welche die gestrandeten Schiffe wieder vom Grunde befreien und im Schlepptau halten konnten. In Folge dieser Vorkommnisse sah die Canalverwaltung sich sehr verständiger Weise veranlaßt, den Verkehr bis zum 1. Juli, also 8 Tage zu sperren und dann amtlich zu verfügen, daß nur Schiffe mit 4 1/2 Metern Tiefgang zugelassen werden könnten, da Aufräumungsarbeiten im Canalprofil erforderlich geworden seien.

Darob nun große Entrüstung seitens der Presse: ob der 156 Millionen-Canal denn verkehrt gebaut sei; wie es gekommen, daß so viele Schiffe bei der Festfahrt am 20. Juni im Canal gestrandet seien, mit dem Auslaß: der Nordostsee-Canal sei ein krankes Kind, mit welchem wir uns dem Auslande gegenüber blamiren würden u. s. w. Die Antwort hat nicht lange auf sich warten lassen; eine sogenannte halbamtliche Recht-

fertigung erschien und sagte: „Der Canal ist durchweg 9 Meter tief gebaut und für alle Schiffe der Welt passierbar.“ Ganz richtig; die Bauunternehmer waren verpflichtet, den Canal mit 9 Metern Tiefe herzustellen und sicherlich hat die Canalcommission denselben mit dieser Tiefe auch übernommen. Aber nach der Durchfahrt der Festschiffe befugt er diesen Wasserstand nicht mehr, und dieser Thatbestand führt zu der Annahme, daß der neue Canal keine Dampferfahrten vertragen kann und auch, daß sich bei der Festfahrt wahrscheinlich nicht so viele Schiffe würden festgefahren haben, wenn vorher nicht die großen Dampfer „Palatia“, „Columbia“, „Augusta Victoria“ u. s. w. in dem Canal herumgegendelt hätten; oder wie ist die amtliche Verordnung mit der Motivirung, daß Reparaturen im Canalprofil ausgeführt werden müßten, sonst zu verstehen?

Weiter sagt das halbamtliche Echo: „Es liegt also hier keine Kinderkrankheit des Canals, sondern der Schifffahrt vor.“ Den Teufel auch, es waren lauter Musterchiffe, die festgefahren wurden, und wenn die Lootsen Schuld haben, da sie mit dem Fahrwasser nicht genügend vertraut gewesen seien u. s. w., so ist doch einfach die Frage berechtigt, warum stellt man denn solche Leute amtlich an und schiebt sie den fremden Schiffen zur Führung an Bord?

Die weiteren halbamtlichen Ausführungen in Bezug auf technisch-nautische Eigenschaften des Canals können dahingestellt bleiben, da sie nicht sachmännlich diskutirbar sind. Aber auf den Hinweis, daß Erdbeben und Ufererdränge auch bei Eisenbahndämmen und dem Suezcanal als ganz unabweislich häufig vorkämen und die Regierung, in Voraussicht dieser Möglichkeit, einen großen Etat für dauernde Baggararbeiten ausgesetzt habe, ist doch zu erwidern,

daß nach dieser Auslassung wohl nicht mehr gezwweifelt werden kann, daß der Canal ein „krankes Kind“ ist. Die Hoffnungen und Erwartungen in Bezug auf Marine und Handelschifffahrt, welche man bisher reclamenhaft dem Publikum vorpiegelte, sind eitel Illusion gewesen.

Die Bodenbeschaffenheit des Nordostsee-Canals ist gegenüber Eisenbahndämmen und wohl auch dem Suezcanal derart eigenthümlich, daß der „große Etat für dauernde Baggararbeiten“ verdoppelt und verdreifacht hätte werden können, denn wenn die jetzige Krankheit des Kindes gehoben ist, und sich voraussichtlich immer von Neuem Rückfälle wiederholen, so werden die Kurkosten schließlich ganz bedeutend werden und der Canal ein Gesicht bekommen, daß er nach einigen Jahren kaum wieder zu erkennen ist. Ein Glück, daß die Durchfahrtsgebühren so hoch bemessen ist, daß große Handelsdampfer wohl selten diese Straße benutzen und den Canal beunruhigen werden. Warten wir übrigens das Resultat einige Jahre ab und sehen wir dann, wie hoch unser Canal zu Buch steht.

Literatur.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dietz Verlag) ist soeben das 40. Heft des 13. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

„Zwei würdige Schwestern.“ — Saint-Just's Utopie. Ein Beitrag zur Beleuchtung der historischen Stellung der Bergpartei. Von Dr. S. B. Krüschensky. (Schluß.) — Der Sturz des Cabinets Rosebery. — Verschleidenheit der landwirthschaftlichen Produktionskosten in zwei Welttheilen. Von Dr. Rudolph Meber. — Notizen: Aus der Thätigkeit einer Unternehmerorganisation. — Feuilleton: Germine Sacerteur. Von Edmont und Jules de Goncourt. Einzige autorisirte Uebersetzung von Emma Adler. (Fortsetzung.)

wenn es gleich etwas einbringt. Jeder Spieler wird sagen, daß das hier Hauptziel unmöglich ist, denn er selbst bleibt ja ohne Noth seine Mittel dazu, damit die ausgegrenzten Proletariatkinder in die Sommerfrische geschickt werden können. Aber wer wählte nicht, daß auch diese Umkleidung, so anerkannterwerth sie auch sein mag, nicht nichts ist, als ein Aufhängeschild der Humanität der heutigen bürgerlichen Gesellschaft. Nur wenig Auserwählte werden dieser Wohlthat theilhaftig. So sorgt der heutige Klassenstaat dafür, in den nach kindlichen Gemüthern das erste Samen Korn zu pflanzen, welches dem reisenden Kinde schon die ersten Krämpfe der Ueberzeugung einflößt, wie notwendig es ist, sich später den Strichen der Kämpfer für Freiheit und Gleichheit anzuschließen.

* Zur Kranken-Versicherung der Hausindustriellen. Nach § 2 Abs. 4 des Krankenversicherungsgesetzes kann durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde für ihren Bezirk oder eines weiteren Communalverbandes für seinen Bezirk oder Theile desselben, die Versicherungspflicht erstreckt werden auf selbständige Gewerbetreibende, welche in eigenen Betriebswerkstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender mit der Herstellung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt werden (Hausindustrie), und zwar auch für den Fall, daß sie die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen, und auch für die Zeit, während welcher sie vorübergehend für eigene Rechnung arbeiten. Wichtig in dieser Hinsicht ist nun ein Rechtsstreit, welcher gegenwärtig zwischen der Liegnitzer Ortskrankenkasse der Schneider bezw. dem Magistrat als Aufsichtsbehörde einerseits und mehreren Schneidern andererseits vor den Gerichten in Liegnitz ausgefochten wird. Einige Schneidern erachten sich nämlich nicht für verpflichtet, ihre Arbeitnehmer, die in der eigenen Behausung arbeiten, zur Krankenkasse anzumelden. Die Entscheidung des Magistrats ist nun zu Ungunsten der Arbeitgeber ausgefallen. Da die Nichtanmeldung unter Strafe gestellt ist, so haben die Arbeitgeber gleichzeitig Strafbefehle erhalten, gegen welche sie Widerspruch erhoben. Trotz der ihnen ungünstigen Entscheidung des Magistrats — bis dahin war das Strafverfahren ausgeföhrt worden — sind die Beschuldigten vom Schöffengericht freigesprochen worden, weil das Gericht von der Ansicht ausgeht, daß nur die vorsätzliche oder fahrlässige Verletzung der Anmeldepflicht zu bestrafen sei. In den vorliegenden Fällen hätten die Beschuldigten ihre Anmeldepflicht von vornherein bestritten, dies auch dem Vorstande der Kasse angezeigt, und da dies geschehen sei, noch bevor die Aufsichtsbehörde ihre Entscheidung getroffen habe, so liege eine strafbare Unterlassung der Anmeldepflicht nicht vor. Uebrigens ist, wie das „Liegnitzer Tageblatt“ im Anschluß hieran bemerkt, die Entscheidung des Magistrats noch nicht rechtskräftig geworden, denn die Beteiligten haben gegen dieselbe den Rechtsweg gemäß des § 58 des Krankenversicherungsgesetzes beschritten und die Sache schwebt jetzt vor dem Landgericht in Liegnitz. Bis zum Austrage der Sache ist auch das Strafverfahren, in welchem der Amtsanwalt gegen das freisprechende Urtheil des Schöffengerichts ebenfalls Berufung eingelegt hatte, verlagert worden.

* Die Lesehalle, die von der Abtheilung Breslau der deutschen Gesellschaft für ethnische Cultur seit zwei Jahren eingerichtet und in den Wintermonaten dem Publikum sonniglich geöffnet war, soll hinfort auf eine breitere Basis gestellt werden. Die Gesellschaft beabsichtigt die Lesehalle zum Herbst in größere Räumlichkeiten zu verlegen, den Lesestoff zu vermehren und den Besuch an Sonntagen, wie bisher, ausserdem aber an allen Wochentagen von 5 bis 10 Uhr Abends zu ermöglichen. In letzterer Beziehung sind die Berliner und Straßburger Abtheilungen der Deutschen Gesellschaft in der von ihnen begründeten öffentlichen Lesehalle Breslau vorangegangen. Regelmäßig wird aus der in Freiburg i. B. von der dortigen Abtheilung geschaffenen Lesehalle berichtet. Das Bedürfnis, über die unsere Zeit gestellten Probleme aus Büchern und Zeitschriften sich zu orientiren, ist ein allseitig allgemeines Empfinden und der vorhandene Lesestoff so ausgedehnt, daß nur bei täglich ausgiebig gebotener Möglichkeit der Benutzung die Lesenden alle ihre Rechnung haben können. Einem Museum gleich soll die Lesehalle Männer und Frauen, Gebildete und Bildungsbedürftige in Zukunft täglich geöffnet sein. Die geplante räumliche und zeitliche Ausdehnung des Lesestoffes erfordert erheblich größere Mittel als die bisher angewendeten. Die Gesellschaft wendet sich deshalb gegenwärtig an alle Mitglieder, in dem Vertrauen, daß sie ihr helfen werden, die geplante Erweiterung der Lesehalle voranzutreiben. Die Durch-

föhrung ist gesichert, wenn Jeder einen kleinen Beitrag sich zu leisten verpflichtet.

* Bewegung der Bevölkerung. In der Woche vom 30. Juni bis 6. Juli 1896 fanden nach dem Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Breslau 72 Geburten statt. In der Vorwoche wurden 74 Kinder geboren; davon waren 221 männlich, 43 weiblich, 267 lebendgeborene, (123 männlich, 124 weiblich), 7 todgeborene, (4 männlich, 3 weiblich). Die Anzahl der Gestorbenen (eincl. Todgeborene) betrug 24 (113 männlich, 111 weiblich) mit Einschluß der nachträglich aus Vorwochen gemeldeten. Von den Gestorbenen standen im Alter von 0 bis 1 Jahr 17 (darunter 20 weiblich) Geborene), 1 bis 5 Jahren 19, von 5 bis 10 Jahren 3, von 10 bis 15 Jahren 3, von 15 bis 20 Jahren 3, von 20 bis 25 Jahren 7, von 25 bis 30 Jahren 4, von 30 bis 40 Jahren 9, von 40 bis 50 Jahren 10, von 50 bis 60 Jahren 17, von 60 bis 70 Jahren 16, von 70 bis 80 Jahren 8, über 80 Jahre 1. — Es starben an Scharlach 5, an Malaria u. Malaria 2, an Malaria 2, an Diphtheritis u. Group 1, an Wochenbettstieber —, an Keuchhusten —, an Unterleibstypus —, an acutem Gelenk-Rheumatismus —, an Ruhr —, an Brechruhrfall 17, an Magen- und Darmcatarrh bei Kindern bis 5 Jahren 36, an anderen acuten Darmerkrankheiten —, an anderen Infectionskrankheiten —, an Krebs 9, an Gehirnschlag 4, an Krämpfen 11, an anderen Krankheiten des Gehirns 10, an Lungenschwindsucht 31, an Lungen- und Luftröhren-Entzündung 15, an anderen acuten Krankheiten der Athmungs-Organe 2, an anderen Krankheiten der Athmungs-Organe 1, an Lebensschwäche und Atrophie der Linder 15, an allen übrigen Krankheiten 30, in Folge von Verunglückung 4, in Folge von Selbstmord 3, Unbekannt 2, Todtschlag —. Auf 1 Jahr und 1000 Einwohner kamen in der Berichtswache: Gestorbene überhaupt 31,85, im ersten Lebensjahre Gestorbene 16,63, an Lungenschwindsucht Gestorbene 4,41.

* Polizeilich gemeldete Infectionskrankheiten. In der Woche vom 30. Juni bis 6. Juli wurden 203 Infectionskrankfälle gemeldet und zwar erkrankten an mod. Pocken —, Cholera —, Diphtheritis 27, an Unterleibstypus 6, an Rückfallstieber —, an Scharlach 38, an Malaria 132, an Ruhr —, an epidem. Genickstarre —, an Wochenbettstieber —.

* Postanweisungen nach Maschonaland und Matabeland können jetzt bis zum Betrage von zehn Pfund Sterling versandt werden.

* Sommer-Theater bei Liebig. Auf vielfachen Wunsch gelangt heute „Die Fledermaus“ zur Aufführung. Der Billetverkauf zum Benefiz für Emilie Pfendes, die am Sonnabend die „Saffi“ im Zigeunerbaron singt, findet von Donnerstag ab bei H. Langenmayr, Junkernstraße, statt.

* Budapestier Poffen-Theater. Heute Donnerstag geht die neue Herrnseldsche Ausstattungspoffe „Oppenheim in der Luglochhöhle“ zum dritten Mal in Scene; vorangeht „Ein falscher Bräutigam“, Burlesque von J. Wimmer.

* Bei dem Grubeneinsturz auf der Theresienstraße im Mai d. J. verunglückte auch der Arbeiter Theodor Paul aus Würben; derselbe ist nach einem mehrwöchentlichen Krankenlager aus dem Allerheiligen-Hospital als geheilt entlassen worden. Paul verdankt seine Rettung nur allein dem Oberfeuerwehrmann Robinson, der mit Verachtung der dem eigenen Leben drohenden Gefahr dem zwischen Balken und Erdmassen Bergabener zu Hilfe kam und ihn unter Aufbietung aller seiner Kräfte aus der Todesgefahr befreite.

* Opfer der Arbeit. Ein Maurergeselle aus Trebnitz stürzte am 8. d. Mts. Nachmittags in Demitz aus bedeutender Höhe von einem Gerüst herab und zog sich schwere innere Verletzungen zu. Der Verunglückte wurde alsbald dem Krankeninstitut der Barmherzigen Brüder angeführt, wo er am 9. d. Mts. verschied. — An demselben Tage starb daselbst der Arbeiter, von dem berichtet worden ist, daß er am 3. d. Mts. von einer zurückfallenden Kurbel an den Kopf getroffen worden war und einen complicirten Schädelbruch erlitten hatte.

* Einbrüche. In der Nacht zum 9. d. Mts. in die am Banderwalden im Scheitiger Park liegende Parkwänterbude eingebrochen worden. Die darin befindlichen Geräthigkeiten wurden durcheinander geworfen und ein neuer Rod des Wänters zerschritten. Der Thut scheint ein Raubact zu Grunde zu liegen. — Am Nachmittage des 6. d. Mts. wurden aus einer mit einem Rothschlüssel geöffneten Oberkammer in einem Hause am Nicolai-Stradgraben ein Kopfschloß, eine Jacke, eine Weste, zwei Herrenhüte und ein blaucarrirtes Bettzeug gestohlen.

* Jugendliche Diebe. Am Nachmittage des 8. d. Mts. zerschritten mehrere Schulknaben ein vor einem Galanteriewarenlager in der Gartenstraße hängendes Netz und stahlen aus demselben mehrere Gummibälle. Die Knaben wurden erfaßt und zur Bestrafung angezeigt.

Vereine und Versammlungen.

d. Die freie schlesische Musiker-Vereinigung hielt am Dienstag, den 9. Juli, Nachmittags 9 Uhr, im Vereinslocale, Pariser Garten, eine außerordentliche General-Versammlung ab. Nach Auf-

nahme eines Beschlusses wurde Mitglieder, erhaltete der Vereins-Cassier Herr Pöde, des Kassenerichts für das III. Quartal 1895. Die Einnahmen betragen insgesammt 210,75 Mk. die Ausgaben 186,17 Mk. es verbleibt mithin für das III. Quartal ein Bestand von 24,58 Mk. Ferner wurde der Kassier Herr Pöde bestätigt. Sodann ging man zur Verlesung der eingegangenen Antwortschreiben auf die Seiten des Vorstandes der Musiker-Vereinigung an verschiedene Behörden gerichteten Beschwerden, betreffend die den Berufsmusikern bereitete Concurrenz über. Der Director des hiesigen Postamts theilt dem Vorstande mit, daß den Briefträgern Zimmer und Post, sowie dem Postkassener Kels die regelmäßige Theilnahme an Musikaufführungen gegen Bezahlung untersagt worden, die gelegentliche Theilnahme aber auch fernhin gestattet ist. Der Leiter des physikalischen Cabinetts der hiesigen Universität, Professor Dr. Meyer, bei dem der Vorstand ebenfalls vorstellig geworden, weil zwei Diener dieses Instituts gewerbmäßig Musik als Nebenbeschäftigung treiben, drückt den Wunsch aus, die gesetzlichen Bestimmungen zu erfahren, auf Grund welcher den Beamten das Musiciren gegen Entgelt verboten sei. In dieser Beziehung stügen sich die Civilmusiker auf die Aussage des Geheimen Oberregierungs-raths Dr. Siefert in Berlin, der in seiner amtlichen Eigenschaft in einer Musiker-versammlung direct erklärt hat, daß den Beamten Nebenbeschäftigungen verboten seien. Der Vorstand war dieserhalb auch bei dem Cultus-Minister vorstellig geworden, und hat dieser das betreffende Schreiben dem Breslauer Universitäts-Curator zur weiteren Erwägung zugestellt. Des Weiteren sind von den Commandeuren hiesiger Truppentheile Antwortschreiben eingelaufen, von welchen das vom Commandeur des 6. Train-Bataillons am bemerkenswerthesten ist. Dasselbe hat folgenden Wortlaut: „Die Trompeter des diesseitigen Bataillons welche sich durch Spielen außer Dienst einen Nebenverdienst zu verschaffen angewiesen sind, ebenso wie andere Musiker, zur Gewerbe-Einkommensteuer herangezogen werden. Würde denselben die Erlaubniß zum Spielen entzogen, so wäre das Bataillon außer Stande, mit Trompetern Capulationen abzuschließen, da dieselben nicht, wie die andern, Unteroffizier-Lohnung, sondern nur Gefreiten-Lohnung beziehen, die Erlaubniß muß ihnen also ertheilt werden, wenn das Bataillon auch kein geschlossenes Musikkorps besitzt.“ Ueber dieses Schreiben, sowie über die anderen Antworten, machte der Vorsitzende ergänzende Bemerkungen, woran er die Mahnung an die Anwesenden knüpfte, unausgesetzt für die Verbesserung der traurigen Lage der Berufsmusiker zu kämpfen, da, wie ersichtlich, der kaiserliche Erlass, wie die kriegsministeriellen Verfügungen für die Regimenter des VI. Armeecorps, eine Verbesserung nicht herbeigeführt hätten, vielmehr die Concurrenz der Militärmusiker ungeschwächt fortbestehe. Der Vorstand habe es, wie Herr Kuban weiter ausführt, für notwendig befunden, nochmals Material über die Geschäftsführung der hiesigen Militär-Capellen zusammen zu stellen, das mit einem Gesuch um Abstellung der Mißstände an das Kriegsministerium übersandt werden soll, wozu die Versammlung die Genehmigung ertheilen soll. Diese genehmigte einstimmig die Abfertigung der Petition. In diesem Gesuch wird im Wesentlichen verlangt, daß der für die Garderegimenter seitens des Kriegsministers angeordnete feste Tarif für Musikaufführungen, auch auf alle anderen Regimenter, besonders auf die Breslauer Militärkapellen ausgedehnt werde. Ferner wünscht man, daß der Leiter einer Militärkapelle nicht mehr Geschäfte übernehmen solle, als er mit seinen Mannschaften auszuführen im Stande sei. Die Bestimmungen sollen aber einer strengeren Controle unterzogen werden, als dies bis jetzt der Fall war. Bezüglich der Beurlaubungsfrage hat das Polizeipräsidium auf eine Eingabe des Vorstandes geantwortet, daß über die Theilnahme von Lehrlingen und Kindern an öffentlichen Veranstaltungen, Lustbarkeiten und dergleichen in der Polizeiverordnung vom 1. Juli 1891 §§ 5 und 6 Bestimmungen enthalten sind. Zum Schluß berieth die Versammlung über den vom Breslauer Musiker-Verbande neulich gefaßten Beschluß: die Beurlaubungsfrage unter gewissen Bedingungen zu unterstützen, man kam überein, diesem Beschluß nicht beizutreten.

a. Verband der Bauarbeiter Deutschlands. (Zahlstelle Breslau.) In der am 7. d. M. abgehaltenen Mitgliederversammlung ließen sich zunächst 20 Berufsgenossen als Mitglieder des Verbandes aufnehmen, worauf College Bürgelt Zweck und Nutzen der Organisation in längeren Ausführungen darlegte. Auf Grund einer Anregung einigte man sich darin, die Collegen Berger und Schwach als Delegirte für das Gewerkschafts-cartell in der nächsten öffentlichen Bauarbeiter-versammlung vorzuschlagen. Im Weiteren for-

berthe Gebete über die Kameraden zum Abenden... auf die „Volkswacht“, da es hier die einzige Zeitung ist, welche für die Interessen der Arbeiter eintritt. Zum Schluss überbrachte der Vorsitzende, College Häßgell, einen Gruß der Dortmunder Kollegen.

Schlesien

X. S. Kiegau, 9. Juli. Eine Partei- versammlung. Die Leiter nur sehr schwach besucht war. Am gestrigen Abend in dem Locale zu den drei Bergen statt. Auf der Tagesordnung stand die Wahl der Delegierten für den schlesisch-polenischen Parteitag und die Vertretung eventueller Anträge. Als Delegierte wurden die Genossen Martin und Winkler gewählt. Am Morgen werden denselben, außer freier Fahrt, 4 Mark für den Verhandlungstag (einen Sonntag) bewilligt; falls die Delegierten übernachrichteln müssen, werden ihnen 6 Mark gewährt. Es wurde nun folgender von den Genossen Conrad, Mohring und Winkler eingebrachter Antrag zur Verhandlung gestellt: „Der schlesisch-polenische Parteitag wolle beschließen, auf dem deutschen Parteitag in Breslau den Antrag einzubringen, daß die Parteitage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands nur alle zwei Jahre stattfinden haben. In dringenden Fällen kann ein Parteitag auch früher vom Parteivorstande einberufen werden, wenn $\frac{1}{2}$ der Vorstandsmitglieder für die Einberufung stimmen.“ Der Antrag gelangte zur Annahme. Hierauf wurde der Antrag der Genossen Genossen beschlossen, wonach die Aufhebung der vier Agitationskommissionen der Provinz und die Einsetzung nur einer solchen Kommission gewünscht wird. Hauptsächlich kam die Meinung zum Ausdruck, daß es falsch sei, diese Einrichtung schon jetzt aufheben zu wollen, da man noch nicht beurtheilen kann, ob sich die Agitationskommissionen bewährt hätten oder nicht. Es sollen im Gegentheile eher noch kleinere Agitationsbezirke gebildet werden, um alle Genossen, selbst die in den entlegensten Winkeln, zur Agitation anzuspornen. Ferner kam in der Versammlung eine Zuschrift aus Haynau zur Verlesung, in welcher verlangt wird, den Delegierten das Recht oder die Befugnis zu geben, mit den übrigen Kreisdelegierten und dem Genossen Brühns-Breslau die Agitation für den Wahlkreis Goldberg-Haynau-Biegau endgiltig zu regeln. Die Versammlung entsprach diesem Wunsche nicht, da die Sache sehr bedeutend sei. Obgleich sie in die Delegierten volles Vertrauen setzt, erachte sie die Agitation für eine so wichtige Frage, die nicht im Privatgespräch, sondern von der Wahlkreisconferenz zu regeln ist. Zum Schluß theilte der Vorsitzende mit, daß die Generalversammlung des Volksvereins in 14 Tagen abgehalten wird und forderte er die Genossen auf, sich demselben anzuschließen. Es ist Pflicht eines jeden Socialdemokraten, die bestehende, politische Organisation zu unterstützen; der monatliche Beitrag, den der Verein erhebt, beträgt nur 15 Pfennig, so daß jeder in in Arbeit stehende Genosse demselben als Mitglied angehören könne.

C. Haynau, 10. Juli. Die hiesige Schuhmacherinnung giebt, dem Beispiel anderer Städte folgend, bekannt, daß sich in Folge rapid gestiegener Lederpreise eine Erhöhung der Preise für Schuhwaaren nöthig mache. — Der schon seit langer Zeit beschlossene Bau eines Krankenhauses scheint, wenn auch langsam, doch etwas vorwärts gehen zu sollen. In den nächsten Tagen soll der Regierungsbaurath Böttcher aus Berlin zur Prüfung der zahlreich eingegangenen Entwürfe hierher kommen. Wünschenswerth wäre es, wenn diese Angelegenheit etwas schneller von Statten ginge. — Heute Mittag erlud sich über unserer Gegend ein Gewitter, wobei der Blitz in die Scheuer des Gutsbesizers Knappe zu Kreibitz schlug, die vollkündig abbrannte.

O. Görz, 10. Juli. Achtung, Ofenseher! Am 7. Juli sind 35 Ofenseher in Görz in den Ausstand getreten. Bis zum November v. J. war der Tarif von beiden Seiten abgehalten worden. Da erklärten die Unternehmer, jetzt zahlen wir nicht mehr den alten Abmachungen entsprechend, sondern nach einem von uns ausgearbeiteten neuen Tarif. Wer von den Ofensehern damit nicht einverstanden ist, wird entlassen. Es blieb nun nichts anderes übrig, als in den lauren Apfel zu beißen. Der Winter stand vor der Thür, Arbeit war überhaupt wenig. Die durch den neuen Tarif entstandenen Lohnverluste sind bedeutende. Ein flotter Ofenseher verdient darnach 8 bis 9 Mark die Woche weniger. Jetzt drängt die Arbeit und es ist der einzige Moment, wo wir unsere Forderung: „Herstellung des alten Tarifs“ erreichen können. Nicht mehr fordern wir, sondern nur das, was uns im Winter von den Unternehmern abgezogen worden ist. Das Unternehmertum ist auch hier anspruchsvoll. Die Ofen sind nicht billiger, sondern um 8 bis 9 Mark theurer geworden, trotz der Lohnreducierung. Die Kollegen Schlesiens ersuchen wir, den Zuzug nach Görz fern zu halten. Der Kampf kann nur von kurzer Dauer sein. Unser Sieg ist auch der Eure! Zuschriften und event. Geldsendungen sind an Kollegen Oscar Hopstad, Pomologischer Straße Nr. 7, I, zu senden.

J. Grünberg, 9. Juli. An Stelle des zum Delegierten nach Altwasser gewählten Genossen J. Kurzweg, welcher am Erscheinern verhindert ist, wird Genosse S. Theuerkauf, Grünberg, Herrenstraße, welcher die nächst höchste Stimmenzahl auf sich vereinigte, den Wahlkreis Grünberg-Freschadt vertreten.

P. Dblau, 10. Juli. In der letzten Mitglieder-versammlung des sozialistischen Arbeitervereins für Dblau und Umgegend wurde zunächst berichtet, daß der vom Verein beschlossene Sommerausflug nach Wanzen stattfinden könne, da uns Saal und Gartenanlagen des Gasthofs zum „deutschen Hause“ daselbst zur Verfügung stehen. Infolge eines Beschlusses beträgt das Fahrgeld nach Wanzen pro Person 75 Pfg. für ein Kind 35 Pfg. Der Sommerausflug wird per Leiterwagen unternommen; in Wanzen wird ein Garten-Concert nebst Tanzkränzchen veranstaltet. Hoffentlich wird der Ausflug vom schönen Wetter begünstigt. Es ist das erste Mal, daß ein socialdemokratischer Verein der Stadt Dblau einen Besuch abstattet. Mögen die hiesigen Parteigenossen durch ihr ruhiges und anständiges Benehmen der Partei und sich selbst ein dauerndes Andenken in

Wanzen zu ihrem Andenken; beharrt es auch die Mitglieder der Partei, die sich durch ihr Benehmen zu verdienen.

Strehle, 10. Juli. Einmal wieder! Im Parteimitglieder-Verein in Strehle, der unsern Mitbürgern zur Verbesserung unserer sonstigen Lage, die bereits zu unserer Verheerung keine Anzeichen zeigt, haben sich bereits geäußert, ohne unsern besten Wünschen, die Vohar in den Schlesiens Grenzgebieten für die Arbeiter zu erhöhen. Von jetzt ab werden gemäß: Ist keine C. der Substanz 2.50 Mk., während es früher nur 2 Mk. gab, für H. statt 3 Mk. jetzt 4 Mk. und für A. statt 4 Mk. jetzt 5.50 Mk. Auf Prozente berechnet beträgt der Aufschlag etwa 33 pCt. Diese Erhöhung haben wir, die Arbeiterschaft, nicht auf von allen Kollegen in unserer Gegend getheilt, zum großen Theile der Arbeiterklasse, und wenn wir nicht schl gehen, insbesondere dem Artikel der „Volkswacht“ in Nr. 145 betreffend unsere Lage, zu verdanken. Wir sehen also, Kollegen, daß unsere Vorkämpfer nach Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, um uns und unsere Frauen und Kindern einen besseren Lebensunterhalt zu verschaffen, damit wir nicht in Noth und Elend verkommen, von Erfolg begleitet sind, wenn wir nicht erlahmen in unserem Schaffen und Wirken! Organisieren wir uns also nach Kräften und unterstützen wir die Arbeiterpresse, die allein für uns in den Kampf geht!

Strehle, 10. Juli. Die Eröffnung der Nahverkehr Eisenbahn-Marktsch dürfte, soweit sich die hausgeschäftliche Lage übersehen läßt, noch in diesem Sommer erfolgen.

Herrmannsdorf, 9. Juli. Vom Schlachtfelde der Bergarbeit. Am 4. d. M. verunglückten nach dem „Waldenb. Wochenblatt“ auf der Glückstiftgrube der Reserve- aufseher Dreher aus Hellschammer und ein Schleppler. Beide wurden durch herabstürzende Berge verschüttet. Ersterer starb während der Rettungsarbeiten, während letzterem beide Beine zerquetscht wurden.

z. Chrottenbrunn, 10. Juli. Wie ernst es die Führer der freisinnigen Volkspartei im Kreise Waldenburg mit der Verwirklichung ihres Programms nehmen, das wollen wir im Folgenden etwas beleuchten. Da die Porzellanarbeiter der hiesigen Fabrik ebenfalls in den Ausstand traten, sucht der Besitzer derselben, Herr Schachtel, in Fabrikantenblättern Dreher und Maser, aber nur solche, welche dem Berliner Verbande der Porzellanarbeiter nicht angehören. Abgesehen nun davon, daß es Herrn Schachtel nicht gelingen dürfte, die nöthigen Leute heranzuziehen, beweist jedenfalls dieses Vorkommniß, wie wenig gewisse „Freisinnige“ das Coalitionsrecht der Arbeiter respectiren. Der „Freisinn“ reicht eben oft nur bis an den Geldsack. — Wie verlaute ich bei der nächsten Reichstagswahl im hiesigen Kreise ein Candidat der freisinnigen Volkspartei aufgestellt werden. Nun, wir können wohl schon heute sagen, daß er eben so unterliegen wird, wie sein Vorgänger von der freisinnigen Vereinigung. Führer, wie Herr Schachtel, sorgen dafür, daß die Arbeiter der freisinnigen Volkspartei den Rücken kehren und in das Lager der Socialdemokratie übergehen.

A. Lannhausen, 8. Juli. Da der bisherige Vertrauensmann Genosse Großer den Vorsitz des socialdemokratischen Wahlvereins übernommen hat, wurde an dessen Stelle Genosse Amand Bischoff zum Vertrauensmann gewählt. Als Delegirter zum schlesisch-polenischen Parteitag wurde für Lannhausen, Wüstegattersdorf und Umgegend Genosse Bischoff, für Wüstegattersdorf und Umgegend Genosse Mende aus Jauernitz gewählt.

Liebertal, 7. Juli. Bodenloser Leichtsinns. Gestern wurde das Dienstmädchen des Kalkofendehfers P. im nahen Geppersdorf von einem bedauerlichen Unfall betroffen. Ein Arbeiter ergriff das zum Schießen der Sperlinge geladene Gewehr und legte auf das Mädchen an. In demselben Augenblicke machte ein Schuß und das Mädchen bekam die volle Schrotladung in Schulter, Hals und Gesicht.

Beuthen O., 8. Juli. Die Brechruhr herrscht nach dem „D. N.“ unter den Kindern in Mieschowitz bei Beuthen. Es vergeht nicht ein Tag, wo nicht ein oder zwei Opfer der tödtlichen Krankheit in die Erde gedettet werden.

Beuthen O.-S., 10. Juli. Der Schleppler Ludw. Urdt, welcher am 2. d. Mts. die unberechenliche Susanne Bialchki ermordete, wurde vom Schwurgericht zum Tode verurtheilt.

Der Mikulschüler Aufreubrprozess.

Zweiter Tag der Verhandlung.
Obwohl der Ausgang des Prozesses den Lesern bereits bekannt ist, dürfte aus der Beweisaufnahme doch noch ein Nachtrag von Interesse sein. Dies gilt vor Allem von der Vernehmung des Pfarrers Burek. Derselbe ist ein schlant gewachsener, junger Mann. Die Vernehmung dieser Zeugen wird ausgesetzt. Er befindet sich auf Befragen des Präsidenten: Er habe vom Erzprieester Hoffrichter in Sobulka-Hütte die Genehmigung erhalten, bis zum 1. Juli in Mikulschütz zu bleiben. Dies sei den Gemeindegliedern in der Kirche mitgetheilt worden. Präsident: Hatten Sie den Herrn Erzprieester um diese Genehmigung ersucht? Zeuge: Jawohl, ich that dies, da ich die Erregung der Mikulschüler Bevölkerung kannte. Ich wollte im Falle es zu Ausschreitungen kam, die Menge beschwichtigen. Herr Pfarrer Waindzojch gestattete es aber nicht, daß ich noch bis zum 1. Juli in Mikulschütz blieb. Präsident: Haben Sie die Gebühren für kirchliche Handlungen ermäßigt? Zeuge: Nein; in einem einzigen Falle sind allerdings aus Versehen des Herrn Rectors Kraus aufstatt 12 Mk. 10 Mk. Gebühren berechnet worden und in einem anderen Falle habe ich, von meinem Rechte Gebrauch machend, bei der Beerdigung eines armen Mannes für mich keine Gebühren berechnet. Präsident: Haben Sie der Gemeinde einmal mitgetheilt, daß Sie die Gebühren für kirchliche Handlungen ermäßigen wollen? Zeuge: Nein. Präsident: Haben Sie den Herrn Erzprieester gebeten, bis zum 1. Juli im Kloster Wohnung nehmen zu dürfen? Zeuge: Jawohl, es war dies die nöthwendige Voraussetzung, wenn ich noch bis zum 1. Juli in Mikulschütz bleiben sollte. Verteidiger Rechtsanwalt Boas: Haben Sie über das Vorleben des Herrn Pfarrers Waindzojch ungünstige Nachrichten erfahren? Zeuge: Jawohl, ich kann

... den Pfarrer Burek die Genehmigung erteilt hat, bis zum 1. Juli in Mikulschütz zu bleiben. Er bestimme ein Schreiben des Fürstbischofs, in dem habe der Fürstbischof verfügt, daß er (Zeuge) am 18. Juni die Pfarre übernehmen und Pfarrer Burek die Pfarroverwaltung zu räumen habe. Der Zeuge hält im Uebrigen seine gestrigen Befundungen vollständig aufrecht. Auf Befragen des Verteidigers, Rechtsanwalt Boas, bemerkt noch der Zeuge: Er habe einmal gehört, daß die Pfarrerin des Pfarrers Burek ihn als hinfälligen Greis geschildert habe, an den sich die Gemeinde niemals gewöhnen werde. Frau Hennig hält ihre gestrigen gemachten Befundungen aufrecht. Sie bestätigt die letzte Aussage des Pfarrers Waindzojch und bemerkt: Sie habe die Ueberzeugung, daß durch Fürstbisch. Philipp die ungünstigen Nachrichten über den Pfarrer Waindzojch unter das Volk gelangt seien. Das Dienstmädchen des Fürstbisch. Philipp sei in dieser Beziehung abgerichtet wie ein Jagdhund. (Heiterkeit im Zuhörerraum.) Staatsanwalt: Ich ersuche die Zeugin, nur über Thatsachen, die Sie selbst wahrgenommen, zu vernehmen, es liegt sonst die Gefahr vor, daß hier abwesende Personen beleidigt werden. Der folgende Zeuge ist der Hauptlehrer und Organist Kraus. Die Erregung der Mikulschüler Bevölkerung hatte bereits seit dem Tode des alten Pfarrers Gieseler nach dessen Tode sofort Pfarrer Waindzojch nach Mikulschütz gekommen, dann wurde er derselben Caplant wie Pfarradministrator Burek geholt. Die Mikulschüler Bevölkerung ist sehr religiös, gutmüthig und wohlthätig. Der Pfarradministrator Burek verstand es, durch seine Frömmigkeit und Feiertätigkeit des Gottesdienstes, die Herzen der Mikulschüler zu gewinnen, so daß diese den Pfarradministrator

nochmals als Zeuge vernommen. Er bestreitet, daß der Erzprieester dem Pfarrer Burek die Genehmigung erteilt hat, bis zum 1. Juli in Mikulschütz zu bleiben. Er bestimme ein Schreiben des Fürstbischofs, in dem habe der Fürstbischof verfügt, daß er (Zeuge) am 18. Juni die Pfarre übernehmen und Pfarrer Burek die Pfarroverwaltung zu räumen habe. Der Zeuge hält im Uebrigen seine gestrigen Befundungen vollständig aufrecht. Auf Befragen des Verteidigers, Rechtsanwalt Boas, bemerkt noch der Zeuge: Er habe einmal gehört, daß die Pfarrerin des Pfarrers Burek ihn als hinfälligen Greis geschildert habe, an den sich die Gemeinde niemals gewöhnen werde. Frau Hennig hält ihre gestrigen gemachten Befundungen aufrecht. Sie bestätigt die letzte Aussage des Pfarrers Waindzojch und bemerkt: Sie habe die Ueberzeugung, daß durch Fürstbisch. Philipp die ungünstigen Nachrichten über den Pfarrer Waindzojch unter das Volk gelangt seien. Das Dienstmädchen des Fürstbisch. Philipp sei in dieser Beziehung abgerichtet wie ein Jagdhund. (Heiterkeit im Zuhörerraum.) Staatsanwalt: Ich ersuche die Zeugin, nur über Thatsachen, die Sie selbst wahrgenommen, zu vernehmen, es liegt sonst die Gefahr vor, daß hier abwesende Personen beleidigt werden. Der folgende Zeuge ist der Hauptlehrer und Organist Kraus. Die Erregung der Mikulschüler Bevölkerung hatte bereits seit dem Tode des alten Pfarrers Gieseler nach dessen Tode sofort Pfarrer Waindzojch nach Mikulschütz gekommen, dann wurde er derselben Caplant wie Pfarradministrator Burek geholt. Die Mikulschüler Bevölkerung ist sehr religiös, gutmüthig und wohlthätig. Der Pfarradministrator Burek verstand es, durch seine Frömmigkeit und Feiertätigkeit des Gottesdienstes, die Herzen der Mikulschüler zu gewinnen, so daß diese den Pfarradministrator

undwärtig als Pfarer haben wollten. Nun war einmal die Verhinderung erfolgt, daß Pfarer Burel wieder fortgehen sollte, andererseits ging aber dem neuen Pfarer der Ruf davon, daß er an der Spitze eines Regiments in Wirklichkeit eingetretener Weise, daß er sehr geschäftig und daß seine Wirkthätigkeit eine Weisheitslehre sei. Diese und noch andere Dinge haben die Leute aufgeregt und zu den Ausschreitungen veranlaßt. Im Herbstgen bei Pfarer Burel in einer Versammlung von Gemeindegliedern diese zur Ruhe ermahnt und auch am 10. Mai die Leute zur Ruhe aufgefordert.

Kaufmann Schmidt, der hierauf als Zeuge erscheint, bestätigt im Allgemeinen die Befindungen des Vorzuges und bemerkt: Als Pfarer Waldebach an ihn (den Zeugen) schrieb, daß er am folgenden Tage die Möbel schicken werde, habe er dies dem Vize-Administrator Burel mitgeteilt. Dieser sei augenblicklich ungehalten gewesen, daß Pfarer Waldebach nicht an ihn geschrieben und daß dieser schon so früh die Möbel schicken wolle. Er sagte: Zur Zeit bin ich noch Herr im Pfarrhause, ich werde die Möbel einfach nicht hinschicken, mag sich Pfarer Waldebach bei dem Kirchhofschreiber beschweren. Es wird hierauf eine Anzahl Zeugen vernommen, die über das Wohl der einzelnen Angeklagten Aussagen machen sollen. Diese sind ohne jedes Interesse.

Pfarer Waldebach tritt noch einmal vor und erklärt: Es ist behauptet worden, die Mikulschitzer Bevölkerung ist gegen mich eingenommen gewesen, weil ich uneheliche Kinder habe. Ich erkläre diese Behauptung als eine böswillige Erfindung. Im Uebrigen bemerke ich: es ist mir wohl sehr übel mißgefallen worden, ich bitte aber dennoch, den Angeklagten mildernde Umstände zuzubilligen zu wollen. Präsident: Herr Pfarer, darüber werden wir später befinden. Es wird hierauf beschlossen, den Pfarer Burel zu verurtheilen. Sodann schloß der Vorsitzende die Beweisaufnahme und formulirte die Fragen an die Geschworenen.

Hierauf erhielt der Vertreter der Anklagebehörde, Erster Staatsanwalt Kentwig das Wort zu seinem Plaidoyer. Er bemerkte zunächst, daß der vorliegende Fall eine eingehende Erörterung seinerseits fordere und faßt hierauf die Ergebnisse der Beweisaufnahme zusammen, soweit sie sich auf die Vorgänge vom 18. Juni beziehen und kommt zu dem Schluß, das dasjenige, was am 18. Juni in Mikulschitz vorging, gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit verstoße. — Verteidiger Rechtsanwalt Boas (für Wosniza) ersucht dringend, auch dem Angeklagten Wosniza mildernde Umstände zuzubilligen. Wosniza sei zweifellos nur das Werkzeug in einer fremden Hand gewesen. Es sei in systematischer Weise gegen den Pfarer Waldebach gehandelt worden. Er sei nicht berufen, hier als Ankläger gegen den Pfarer Burel aufzutreten. Allein als Verteidiger des Wosniza habe er die Pflicht, dem Pfarer Burel den Vorwurf zu machen, daß er an den Vorgängen, die die Angeklagten auf die Anklagebank gebracht haben nicht unschuldig sei. Pfarer Burel habe wenigstens indirect dazu beigetragen, daß die ungünstigen Gerüchte, die über den Pfarer Waldebach ihm zugetragen wurden, der Mikulschitzer Bevölkerung bekannt wurden. Pfarer Burel habe, obwohl er die Erregung der Bevölkerung kannte, nicht das geringste getan um dieselbe zu beschwichtigen. Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Freund (für Kallus und Hoinisch) sucht den Nachweis zu führen, daß seine Klienten sich nicht als Mädelstörer schuldig gemacht haben und daß ihnen mildernde Umstände zuzubilligen seien. Es könne nicht geleugnet werden, daß die sonst so gutmüthige und religiöse Bevölkerung von Mikulschitz in arger Weise verletzt worden sei. In ähnlicher Weise plaidiren Verteidiger Referendar Schröder für Lorenz Gich, Rechtsanwalt Kaiser für Martin Gich, Lampert und Schoppa. Gegen 6^{1/2} Uhr Abends zogen sich die Geschworenen zur Beratung zurück, die bis gegen 8 Uhr dauerte. Unter größter Spannung des Publikums verfiel alsdann der Obmann: Das Verdict der Geschworenen lautet bezüglich des Wosniza auf Schuldig bezüglich aller Fragen, jedoch ist derselbe nur bei dem Landfriedensbruch als Mädelstörer anzusehen und es sind ihm in allen Punkten mildernde Umstände zuzubilligen. Bezüglich der Angeklagten Kallus, Hoinisch, Lorenz und Martin Gich und Lampert haben die Geschworenen die Schuldfragen bejaht, die Frage nach der Mädelstörerthätigkeit verneint und den Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt. Bezüglich des Angeklagten Schoppa sind alle Schuldfragen verneint worden. Der Gerichtshof erkennt nach langer Beratung, wie bereits gemeldet, gegen Wosniza auf 2 Jahre, gegen Kallus und Hoinisch auf je 9 Monate, gegen Lorenz Gich auf 1^{1/2} Jahre, gegen Martin Gich und Lampert auf je 1 Jahr 9 Monate Gefängniß und spricht den Angeklagten Schoppa frei.

Fernisches.

Arbeiter brauchen keine Felle abzuhalten, die Arbeiter sollen arbeiten und nichts wie arbeiten und die Abhaltung von Festlichkeiten denjenigen überlassen, welche besitzen sind, daß sie zu verzehren, was die Arbeiter erzeugt haben. So will es die heutige Ordnung. An eine solche Ordnung konnte aber der Arbeiterverein in Wien bei Dresden nicht glauben, er war vielmehr der Meinung, daß das, was man anderen Bürgern erlaube, man auch den Arbeitern nicht verweigern würde. Der Verein plante daher ein Sommerfest, um seinen Mitgliedern — denen es nicht möglich ist, der ungeheuren Hitze auf einige Wochen zu entgehen, um eine Sommerfrische zu genießen, die auch nicht einmal eines jeder vielen Concrete besuchen können, die allerdings nachgehakt stattfinden — Gelegenheit zu geben, an einem der schönen Sommerabende herein mit ihren Arbeitern und Familienangehörigen bei Seebad, Ruffl und Kollbeinungen die Mühen der Arbeit und die Sorgen des Lebens auf einige wenige Augenblicke zu vergessen. Da man ohne die Erlaubnis der Behörden in Seebad aber nicht möglich war, so holte der Verein pflichtgemäß die Erlaubnis zu einem geplanten Sommerfest ein. Demnach erhielt der Vorstand des Vereins folgendes Schreiben: **Seebad, den 10. Juli.** An die Königlich-Katholische Pfarrverwaltung Seebad. Ich habe die Erlaubnis zu einem Sommerfest für die Arbeiter des Seebades am 7. d. Mts auf Verlangen betreffende Eingabe vom 29. v. Mts. in Wien zu erlassen, daß die Abhaltung des geplanten Sommerfestes nicht genehmigt werden kann, weil nach der Bestimmung der königlichen Hauptmannschaft vom 9. September 1890 derartige Feste nur ausnahmsweise zu gestatten sind, zu einer ausnahmsweisen Genehmigung des geplanten Festes aber eine Veranlassung nicht vorliegt. **Wien, den 4. Juli 1890.** Der Gemeindevorstand Wrohmann.

Ein Veranlassung, daß auch die Arbeiter von Wien ein Sommerfest abhalten, lag also nicht vor. Arbeiter sind da zum Verbleiben, das sagt schon der Name Arbeiter. Das hätte der Arbeiterverein aber auch wissen können.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 10. Juli. Die gemeinschaftliche Schlußsitzung beider Häuser des Landtages fand am Mittwoch Nachmittag statt. Staatsminister v. Boetticher verlas die Schlußbotschaft.

Die „Verl. Corr.“ schreibt: In der Angelegenheit des Schutzes der Bauhandwerker gegen Ausbeutung durch gewissenlose Bauunternehmer hat der Reichskanzler die Bundesregierungen im Anschluß an die Verathung im Reichsamte des Innern im März um entsprechende Mittheilungen mit gutachtlicher Aeußerung ersucht, in welcher Weise die Verdrückung der Wünsche der Bauhandwerker angängig sei.

Die Nachricht des „Vorwärts“, daß die Urheber des Attentats gegen den Polizeiobersten Krause ein ehemaliger Oberfeuerwerker und späterer Polizeibeamter und dessen Tochter gewesen und daß die Tochter bereits verhaftet sei, wird von einer Localcorrespondenz als erfunden bezeichnet. Die Untersuchung hat noch kein greifbares Ergebnis geliefert. Nach wie vor sucht die Criminalpolizei weitere Personen zu ermitteln, die die Frauensperson in Männerkleidung im Fürstenwalder Zuge oder anderwo gesehen haben, und ferner festzustellen, wo der Gasstoffäther gekauft worden ist.

Wien, 10. Juli. Das Schlußresultat der Reichstagsersatzwahl in Walde-Pyrmont ist folgendes: Müller (Antisemit) 3452, Böttcher (natl.) 2398, Schüding (frei. Vg.) 1778, Garbe (Soc.) 703 Stimmen. Es findet zwischen Müller und Böttcher Stichwahl statt. Bei der Wahl im Jahre 1893 erhielt Dr. Böttcher 4061, der Antisemit 2109, der Agrarier 1235 und der Socialdemokrat 681 Stimmen. Eine freikämiger Candidat war damals nicht aufgestellt. Der Rückgang der nationalliberalen Stimmen ist auch wieder das hervorstechendste Moment der Wahl. Es ist sehr in Frage zu stellen, ob Herr Böttcher selbst mit Hilfe der freikämigen Vereinigung das Mandat in der Stichwahl sich erhalten wird.

Eisenach, 10. Juli. Das Städtchen Brotterode im Regierungsbezirk Cassel ist zum größten Theile niedergebrannt. Die Kirche, die Schule und das Postgebäude sind ein Raub der Flammen geworden.

Wien, 10. Juli. Das Abgeordnetenhaus nahm nach zweifeln erregter Debatte die Forderung für das slovenische Gymnasium Cilli mit 173 gegen 143 Stimmen an. Mit der deutschen Linken stimmten gegen Cilli die Deutschnationalen, die Italiener und zwei liberale Wille. Sämmtliche Deutschliberalen des Hohenwartclubs stimmten für Cilli.

Belgrad, 10. Juli. Die radikalen und die liberalen Parteiblätter bekämpfen weiter leidenschaftlich das Finanzabereinkommen, als die Interessen und die Würde Serbiens verletzend. In Regierungskreisen „hofft“ man jedoch auf unveränderte Annahme der Conventionsvorlage in der Skupschtina, weil, wie man sagt, die Noth der Thatsachen und die harte Wirkung der Ziffern dazu nöthigen.

Petersburg, 10. Juli. Telegramme aus Astrachan, Uzun, Ada, Krasnowodol, Achabad und Tschibet berichten von einem Erdbeben im Kaspi-Uralgebiet. In Astrachan war dasselbe mächtig stark, dagegen war die Erdschütterung in Uzun-Ada so stark, daß viele Häuser zerstört wurden, der Eisenbahndamm beschädigt und die Gasanlagen mehrfach durch Springbrüche überschwennt wurden. Die Gasarbeiter, sowie ein Theil der Bevölkerung sind geflohen. In Krasnowodol sind die Häuser zerstört oder beschädigt; die Bewohner flüchteten sich ins Freie. In Achabad zeigen die Häuser mehrfach Risse.

London, 10. Juli. Nach einer Meldung des Kensington Bureaus liegen auf der Grand-Drunk-Girchbahn nahe Lew-Daebod 2 Pügerzüge zusammen. 25 Personen wurden getödtet, 30 verwundet.

Brüssel, 10. Juli. Die Kammer hat trotz heftiger Einsprüche der gemäßigten Linken die Verathung des Schulgesetzes mit 63 gegen 32 Stimmen auf der nächsten Sitzung festgesetzt.

Paris, 10. Juli. Die Einkommensteuer, deren Veranlassung von der Tagesordnung der gestrigen

Veranstaltung abgelehnt wurde, wird in parlamentarischem Sinne als „unveräußerlich“ betrachtet, was die in der von der radicalen Abgeordneten Cassagne gegebenen Form. Man glaubt nicht, daß die Vorlage in der nächsten Session zur Erledigung kommt. — Man hätte die capitalistische Classe eine Belastung, die ihre Hände trübt, für ausführbar gehalten?

Rom, 10. Juli. Aus Palermo wird gemeldet, daß die juchbare Hitze viele U-fälle verursacht, die mit dem Tode der Betroffenen enden. Das Thermometer zeigt 35 Grad R. im Schatten, in anderen Gegenden des südlichen Italiens zwischen 32 und 34 Grad.

Catania, 10. Juli. Der Vesuv ist in beständigem Zorn; ein weiter Krater ist lebhaft thätig. Die Bevölkerung in den umliegenden Dörfern beginnt zu flüchten, da das Observatorium mehrere Erchöf-fälle und starke Ausbrüche für wahrscheinlich hält.

Vissabon, 10. Juli. Der Handelsvertrag mit Rußland ist getrennt unterzeichnet worden.

Newyork, 10. Juli. Ein Telegramm aus Lima meldet: Pierola wurde zum Präsidenten von Peru gewählt.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 10. Juli.

Heiraths-Ankündigungen. I. Arbeiter Robert Pawlitze, ev., Andershofstr. 3, und Anna Eichner, ev., daselbst. — Promenadenwärter Anton Norek, kath., Klosterstr. 26, und Helene Hoffmann, Königgräberstr. 9. — Sattler Franz Wosnig, kath., Bohrauerstr. 45b, und Anna Scholz, ev., daselbst. — Hilfsweichensteller August Paichorle, ev., Bewaldstr. 22, und Clara Schwedler, kath., Karuthstr. 17. — Metalldreher Heinrich Drival, kath., Salzstr. 3, und Elisabeth Macho, kath., Dhlauer 12. — Tischler Carl Ulrich, ev., Brandenburgstr. 12, und Auguste Pudell, ev., Höschenstr. 63. — Zimmermann Paul Freitag, evang., Augustastr. 11/13, und Emma Wiersig, ev., daselbst. — III. Haushälter Carl Schönfeld, ev., hier, und Christiane Schneider, ev., Lauenzienstr. 31b. — Geburten. II. Former Ernst Liebich, evang., S.

Restaurateur Anton Kaluga, kath., S. — Kaufmann Ernst Birmer, kath., S. — Postschaffner Ernst Bengelsfeld, ev., T. — Locomotivführer Hermann Seeliger, kath., S. — Schlosser Theodor Heine, ev., S. — Fabrikarbeiter Johann Piegonka, ev., T. — Arbeiter Gottlieb Schiemel, ev., S. — Kutcher Gustav Janich, ev., T. — Schuhmachernstr. Paul Schwarzer, ev., T. — Musiker Robert Biele, ev., S. — Maurer Gustav Hübner, kath., S. — Fleischer Carl Wiesel, ev., S. — Zuschneider Martin Burghardt, ev., S. — Tischler Otto Menzel, ev., S. — Kutcher Emund Gehl, kath., T. — Kaufmann Wilhelm Vollprecht, ev., S. — III. Schlosser Robert Bilz, ev., T. — Kutcher Carl Hühnsch, ev., S. — Fleischer Adolf Milde, ev., S. — Kaufmann Heinrich Neugebauer, kath., T. — Schuhmachermeister August Stahr, evang., T. — Tischler Otto Pehl, kath., T. — Maler Johann Rager, kath., S.

Todesfälle. I. Wirthschafterin Auguste Klonz, 64 J. — Walter, S. des Gelbgiebers Hermann Mohaupt, 8 Woch. — Strohhutnäherin Minna Bradler, 32 J. — Richard, S. des Schneidermeisters Josef Wagner, 3 M. — Schuhmachermeister Carl Gabich, 32 J. — Gefangener Alexander Scholz, 69 J. — Paul, S. des Böttchers Paul Hirschberg, 1 J. — Elise, T. des Tischlers Alfred Böhm, 2 M. — Arthur, S. des Arbeiters Paul Nawarra, 3 Mon. — Maurer Hermann Niese, 35 J. — Emma, T. des Hausmeisters Paul Niese, 7 Woch. — Ida, T. des Cigarrenhändlers August Plöcke, 12 Stb. — Schneiderwitwe Susanne Starck, geb. Brandt, 72 J. — Feldarbeiterin Juliane Piontek aus Pajchowitz, 16 J. — Charlotte, T. des Schneidermeisters Carl Gebauer, 9 M. — Buchbindermeistersfrau Wilhelmine Weiner, geb. Zachariae, 63 J. — Bergmannwitwe Bertha Zuehör, geb. Werner, 37 J. — Oscar, S. des Hilfsbreimers Oswald Hoffmann, 8 Mon. — Arbeiter Carl Dmirus, 40 J. — Ernst, S. des Hilfsbahnwärters Wilhelm Schick, 7 M. — Martha, T. des Hilfsweichenstellers Wilhelm Rodewald, 11 M. — Schlosser Johann Dlowson, 51 J. — II. Catharina, T. des Bauingenieurs Wilhelm Schöttler, 4 M. — Olga, T. des Kaufmanns Julius Hamburger, 5 J. — Max, S. des Wurstfabrikanten Berthold Sawasch, 16 Tage. — Holzhändler Eduard Rohlsdorf, 59 J. — Hilba, T. des Bildhauers Bruno Görlich, 3 M. — Alfred, S. des Schneidermeisters Heinrich Hubig, 7 Woch. — Emma, T. des Schieferdeckers Heinrich Krause, 7 Wochen. — Kaufmann Georg Berliner, 22 J. — Angela, T. des Gärtners Max Albrecht, 10 Woch. — Elfriede, T. des Schlossers Rudolf Fielich, 8 W. — III. Schneidergefelle Josef Kammert, 44 J. — Restaurateur Albert Rab, 56 J. — Curt, S. des Radirermeisters Carl Gabich, 5 W. — Bertha, T. des Tischlers Robert Fische, 5 Monate. — Nähterin Theresia Veimner, 50 J. — Elise, T. des Kupferschmiedes Carl Kirich, 7 Mon. — Droguist Bruno Nierlich, 30 J. — Bertha, T. des Arbeiters Carl Werner, 1 M. — Louise, T. des Arbeiters August Richter, 9 M. — Arbeiter Paul Hampel, 30 J. — Carl, S. des Schneidermeisters Carl Heinze, 15 Tage.

Briefkasten.

N. N. Die Kündigung am 1. Juli ist verspätet, denn zwischen dem Ablauf dieses Tages und dem Beginn des 1. August liegt kein voller Monat. Die Kündigung hatte am 30. des vorhergehenden Monats zu erfolgen.

N. 120. Sie müssen den Sachverhalt genauer angeben.

Nr. 16 B. hier. Höhere Verwaltungsbehörde ist in Preußen der Regierungspräsident, für Berlin der Oberpräsident.

Brieg. Mangel an Arbeitsgelegenheit, welcher dem in seinem Berufe erwerbsunfähig gewordenen Beschäftigten die Möglichkeit eines, wenn auch bedeutend herabgeminderten, Erwerbes raubt, giebt keinen Anspruch auf Invalidenrente.